



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Perspektive
Berufsabschluss

AUFSTIEG DURCH
BILDUNG >>

Perspektive Berufsabschluss

Dokumentation der Jahrestagung vom 23. September 2010 in Leipzig



BILDUNG

Ideen zünden!

IMPRESSUM

Herausgeber: Projektträger im DLR (PT-DLR) für das Programm
**Perspektive Berufsabschluss des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung (BMBF)**
Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn
Telefon: 0228 3821-322, Telefax: 0228 3821-323
Internet: www.perspektive-berufsabschluss.de

Bestellungen: Tel.: 01805 2623-02, Fax: 01805 2623-03
(Festnetzpreis 14 ct/min, höchstens 42 ct/min aus Mobilfunknetzen)
oder per E-Mail: books@bmbf.bund.de

Dokumentation 2/2011
Bonn, April 2011

Text- und Bildredaktion: Andrea Suhr, Deutsches Zentrum für Luft- und
Raumfahrt e. V. (DLR), Projektträger im DLR (PT-DLR), Bonn

Bildnachweis: Sven Hobbiesiefken, realfoto – fotodesign, Berlin

Gestaltung: ziller design,
Mülheim an der Ruhr

Herstellung: Richard Thierbach Buch- und Offset-Druckerei,
Mülheim an der Ruhr

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ wird aus Mitteln des Bundes-
ministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozial-
fonds der Europäischen Union gefördert. Durchgeführt wird das Programm
vom Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.



Deutsches Zentrum
für Luft- und Raumfahrt e.V.
Projektträger im DLR



EUROPÄISCHE UNION

Inhalt

Einführung	04
Programmübersicht	05
Fachforen: Qualitätskriterien gelingender beruflicher Integration	06
Eröffnung und Begrüßung Peter Munk, Bundesministerium für Bildung und Forschung	07
Grußwort der Stadt Leipzig Andreas Müller, 1. Bürgermeister der Stadt Leipzig	11
Bildungsrepublik Deutschland – das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ im Kontext einer umfassenden Bildungsoffensive Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung	15
Regionales Übergangsmanagement – zentrale Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren Dr. Frank Braun, Deutsches Jugendinstitut	21
Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung – Erfolgsindikatoren und Verfahrensstandards Prof. Dr. Eckart Severing, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung	26
Individuelle Förderung und wirtschaftliche Notwendigkeit – präventive und reintegrative Strategien zur Fachkräftesicherung Podiumsdiskussion	32



Einführung

Seit Mitte 2008 sind die 49 geförderten Projekte der ersten Förderrunde des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ in ihren Regionen tätig. Das war Grund genug, eine erste Bilanz zu deren bisherigen Ergebnissen zu ziehen: Wie funktioniert wirksames Übergangsmanagement und wie qualifizieren sich An- und Ungelernte effektiv abschlussorientiert nach?

Die Jahrestagung 2010 gab vor rund 400 Tagungsgästen im Leipziger KUBUS Antworten darauf, welche Erfolgsindikatoren sich herauskristallisiert haben, welche Verfahrensstandards hohe Wirksamkeit zeigen und wie Migrantenorganisationen erfolgreich einbezogen werden.

Engagierte Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und des Bildungsbereichs sowie Sozialpart-

ner gaben während der Tagung neue Impulse. Aber auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst und weitere Hauptakteure kamen zu Wort. Diese berichteten hautnah von ihren Erfahrungen aus dem Programm und gaben so einen vertieften Einblick in die Praxis.

Der vorliegende Tagungsband beinhaltet neben der ungekürzten Transkription der Podiumsdiskussion auch sämtliche Vorträge aus dem Plenum. Er ergänzt damit die filmische Dokumentation und die Bildergalerie auf der Programm-Homepage sowie die Präsentationsfolien aller Vortragenden – auch aus den fünf Fachforen –, die Sie ebenfalls unter www.perspektive-berufsabschluss.de finden.



Programmübersicht

Programm 23. September

- ab 9:30 Uhr** **Anmeldung und Begrüßungskaffee**
- Gesamtmoderation**
Judith Schulte-Loh,
Westdeutscher Rundfunk
- 10:00 Uhr** **Eröffnung und Begrüßung**
Peter Munk,
Bundesministerium für Bildung und Forschung
- 10:15 Uhr** **Regionales Übergangsmanagement – zentrale Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren**
Dr. Frank Braun,
Deutsches Jugendinstitut
- anschl.** **Voraussetzungen für ein gelingendes regionales Übergangsmanagement**
Kurzfilm und Gespräch mit Projektverantwortlichen
- 11:15 Uhr** **Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung – Erfolgsindikatoren und Verfahrensstandards**
Prof. Dr. Eckart Severing,
Forschungsinstitut Betriebliche Bildung
- anschl.** **Voraussetzungen für eine erfolgreiche abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung**
Kurzfilm und Gespräch mit Teilnehmenden an Nachqualifizierungsmaßnahmen
- 12:30 Uhr** **Mittagspause**
- 13:45 Uhr** **Grußwort der Stadt Leipzig**
Andreas Müller,
1. Bürgermeister der Stadt Leipzig
- 14:00 Uhr** **Bildungsrepublik Deutschland – das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ im Kontext einer umfassenden Bildungsoffensive**
Cornelia Quennet-Thielen,
Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung
- anschl.** **Individuelle Förderung und wirtschaftliche Notwendigkeit – präventive und reintegrative Strategien zur Fachkräftesicherung**
Podiumsdiskussion mit:
Prof. Dr. Friedrich H. Esser,
Zentralverband des Deutschen Handwerks
Dr. Ulrich Maly,
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Cemalettin Özer,
Mozaik gGmbH
Heidrun Schulz,
Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit
Christof Voigt,
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen
- 15:45 Uhr** **Kaffeepause**
- 16:15 Uhr** **Fachforen: Qualitätskriterien gelingender beruflicher Integration**
- 18:00 Uhr** **Tagungsausklang und Verabschiedung**

Fachforen: Qualitätskriterien gelingender beruflicher Integration

Forum 1

So funktioniert regionales Übergangsmanagement – Anforderungen an Strukturen, Prozesse und politische Akteure

Leitung: Deutsches Jugendinstitut

Input: FÜ1 – Fürstenwalder Übergangsmanagement Schule-Beruf
U25 – Regionales Übergangsmanagement in Mülheim an der Ruhr

Forum 2

So ist Berufsorientierung praxisnah zu gestalten – Strategien zur Verbreitung guter Praxis in der Schule

Leitung: Deutsches Jugendinstitut

Input: Regionales Übergangsmanagement Leipzig
RÜM – Regionales Übergangsmanagement Schule-Beruf Stuttgart

Forum 3

So sind berufliche Bildungsprozesse kultursensibel zu orientieren – Einbeziehung von Migrantenorganisationen als Qualitätsmerkmal regionaler Netzwerkarbeit

Leitung: MOZAIK Gesellschaft für interkulturelle
Bildungs- und Beratungsangebote

Input: RÜM – Regionales Übergangsmanagement im Landkreis Marburg-Biedenkopf
Verbund der sozial-kulturellen Migrantenorganisationen in Dortmund

Forum 4

So funktioniert Nachqualifizierung in der Praxis – individuelle Qualifizierungswege ermöglichen

Leitung: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung

Input: NANO – Nachqualifizierung Nordbayern
Perspektive Südbayern – Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung
NQ – Nachqualifizierung Südthüringen

Forum 5

So funktionieren Netzwerke der Nachqualifizierung – Praxisbeispiele erfolgreichen Zusammenwirkens regionaler Arbeitsmarktakteure

Leitung: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung

Input: MoNA – Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung Leipzig
Qualifizierung nach Maß – Beratungs- und Qualifizierungsstelle
für berufliche Nachqualifizierung in Darmstadt

Die Präsentationen zu den einzelnen Fachforen finden Sie auf unserer Homepage
www.perspektive-berufsabschluss.de

Eröffnung und Begrüßung

Peter Munk, Bundesministerium für Bildung und Forschung



Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie für das Bundesministerium für Bildung und Forschung als Gastgeber dieser Jahrestagung sehr herzlich hier in Leipzig begrüßen!

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ läuft jetzt bereits gut zwei Jahre. Es ist inzwischen zu einer gewissen Kontinuität geworden, einmal im Jahr alle Beteiligten und die interessierte Fachöffentlichkeit über den Fortgang des Programms auf einer bundesweiten Tagung zu informieren.

Ich erinnere mich noch sehr gut an unsere Auftaktveranstaltung im Mai 2008 in Berlin. Frau Prof. Almendinger fasste die Kernaussagen ihres Grundsatzzvortrages mit den Worten zusammen, dass sie die beiden Schwerpunkte des Programms, „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“, als für diese Zeit genau richtig einschätzte.

Mittlerweile haben sich die Trends der Entwicklung, die zu dieser Aussage führten, weiter stabilisiert: die Demographie in Deutschland, der prognostizierte Fachkräftemangel und ein umfangreiches, schwer überschaubares Angebot an Initiativen und Maßnahmen für Jugendliche am Übergang von allgemeinbildender Schule in den Bereich der Berufsbildung.

Diese Entwicklungen haben eine Tatsache eher noch verstärkt: Nach wie vor stellt die Berufsausbildung – und das wird viel zu häufig unterschätzt – eine wesentliche Basis für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, aber auch für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland dar. Die Forderung an alle Beteiligten und Verantwortlichen der beruflichen Bildung in der Kommune, im Land und im Bund lautet daher: Ausbildungschancen sind für alle jungen Menschen nachhaltig zu sichern. Darauf müssen sich unsere Anstrengungen konzentrieren.

Dies ist im Interesse der Jugendlichen, aber auch im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft.

Inzwischen treffen zwei entgegengesetzte Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zusammen: die sinkende Zahl junger Menschen, die für eine Berufsausbildung zur Verfügung stehen und eine wachsende Zahl älterer Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Wir müssen deshalb Lösungen finden, wie wir auch in Zukunft unseren Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken können. Besonders in diesem Jahr mehren sich die Klagen von Betrieben – insbesondere im Handwerk –, dass für freie Ausbildungsplätze nicht mehr genügend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung ständen.

Das Ziel, allen Jugendlichen eine berufliche Qualifizierung zu ermöglichen, erhält neue Chancen. Diese gilt es zu ergreifen. Wir müssen und wir können uns wieder stärker um die jungen Leute kümmern, die unter schlechteren Bedingungen ihren Lebens-, Bildungs- und Ausbildungsweg antreten müssen.

Dazu zählen vor allem leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss, aber auch Jugendliche ausländischer Herkunft und junge Aussiedler. Diesen jungen Menschen einen erfolgreichen Übergang in Ausbildung zu ermöglichen oder – wenn es die Umstände erfordern – eine nachträgliche Chance zum Berufsabschluss zu eröffnen, ist das eigentliche Ziel des Programms „Perspektive Berufsabschluss“. Die jüngst veröffentlichte neue Shell-Jugendstudie hat herausgearbeitet, dass Bildung und Schulabschluss auch in den Augen der jungen Generation die Schlüssel sind zum Lebenserfolg. Die Strukturen, die wir mit „Perspektive Berufsabschluss“ schaffen, müssen diesem Ziel dienen.

Meine Damen und Herren, zu diesen Themen könnte ich jetzt noch vieles sagen. Ich möchte aber den Meinungen, Erfahrungen und Thesen unserer Fachexperten und Praktiker nicht vorgreifen und in meinen Begrüßungsworten deshalb diese Themen nicht weiter vertiefen. Aber eins steht fest: Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ kann in diese aktuellen Diskussionen sehr viel einbringen. Vor allem Praxiserfahrungen aus Städten und Landkreisen mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen, aus prosperierenden Regionen, aus strukturschwachen Regionen, aus Regionen mit abwandernder Bevölkerung und solchen mit hohen Zuzügen.





Die Aufzählung macht aber auch bereits ein Dilemma deutlich, vor dem wir stehen: Die Vielfalt der Ausgangspositionen und Rahmenbedingungen vor Ort erschwert es, Verallgemeinerungen zu Gelingensbedingungen zu treffen.

Deshalb ist aus Sicht eines Bundesministeriums einmal natürlich die unmittelbare finanzielle Unterstützung für die Regionen wichtig und nützlich, aber auch die Bereitstellung einer Plattform für den Erfahrungsaustausch bundesweit vorhandener guter, beispielhafter Lösungen, neudeutsch „Good Practice“. Es gibt Fehlentwicklungen, die andernorts dadurch vielleicht vermieden werden können.

Wir fördern aber nicht nur die Projekte in den Regionen, sondern auch in beiden Förderschwerpunkten eine wissenschaftliche Begleitung. Sowohl das Deutsche Jugendinstitut München als auch das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung Nürnberg haben jahrelange Erfahrungen, wie regionales Übergangsmanagement gestaltet werden kann, damit es für die Jugendlichen und ihre Eltern eine echte Hilfestellung wird beziehungsweise wie die unterschiedlichen Interessen und Partner einer Region zusammenkommen müssen, damit auch für un- und angelernte Erwachsene eine echte zweite Chance für einen anerkannten Berufsabschluss eröffnet wird.

Besonders freue ich mich, dass wir heute auf dieser Jahrestagung 48 neue regionale Projekte im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ begrüßen können. Sie alle werden dazu beitragen, die Plattform für dieses wichtige bildungspolitische Anliegen weiter zu verbreitern. Seien Sie herzlich in diesem Kreis begrüßt!

Es ist immer wieder beeindruckend und ermutigend, wie sich viele Frauen und Männer tagtäglich für berufliche Bildung engagieren und mit dazu beitragen, jungen Menschen den Weg in die Berufswelt zu ebnen, sei es als Ausbilder oder Berufsschullehrer, als Betriebsinhaber oder als Mitarbeiter von Wirtschaftskammern oder der örtlichen Agenturen

für Arbeit. Dieses breite Engagement vor Ort zusammenzubringen, dabei sollen die Projekte des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind in diesem Jahr nicht nach Leipzig gekommen, weil in Berlin keine geeigneten Räumlichkeiten frei waren, sondern weil wir es für richtig halten, dass die Jahrestagung des Programms auch dort hinkommt, wo die fachliche Arbeit vor Ort mit viel Engagement und Geduld gemacht wird, wobei ich nicht damit sagen möchte, dass in Berlin nicht fachlich und engagiert gearbeitet wird. Beispielhaft für die Arbeit in den Projekten steht die Stadt Leipzig, die sowohl in dem Programmschwerpunkt „Regionales Übergangsmanagement“ als auch in der „Abschlussorientierten modularen Nachqualifizierung“ vertreten ist.

So können wir heute während der Jahrestagung die unmittelbare Praxis beider Projekte ohne weite Anreise einbeziehen und viele Akteure Leipzigs an ihrer Wirkungsstätte – aber als Bundesprogramm natürlich auch weitere Akteure – zu Wort kommen lassen.

Der erste Teil unserer Veranstaltung ist ganz diesem Erfahrungstransfer aus den laufenden Projekten gewidmet. Nach der Mittagspause möchten wir den Blick hin zur bildungspolitischen Einordnung des Themas aus unterschiedlichen Blickwinkeln lenken, um schließlich noch einmal die Diskussion in Fachforen zu öffnen.

Ich hoffe sehr, dass wir mit diesem Angebot Ihr Interesse treffen, dass Sie in den Pausen Gelegenheit zum Meinungsaustausch finden und dass Sie Kontakte für weiterführenden Austausch über die Tagung hinaus knüpfen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle an die Organisatoren beim Projektträger im DLR ein herzliches Dankeschön für die intensive Vorbereitung der Tagung richten!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, ich wünsche Ihnen einen interessanten Tagungsverlauf!

Grußwort der Stadt Leipzig

Andreas Müller, 1. Bürgermeister von Leipzig



Sehr geehrte Damen und Herren, spätestens seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie findet auf allen politischen Ebenen und in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion über das Schul- und Bildungswesen in Deutschland statt. Dieser Diskussion stehen vor allem die Kommunen aufgeschlossen gegenüber, denn Bildung geschieht vor Ort und wird wesentlich durch die Akteure in den Kommunen gestaltet.

In den Städten und Gemeinden nämlich durchlaufen die Menschen – von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung – ihre Bildungsbiographien. Die Kommune profitiert vom Erfolg, muss aber auch die Folgen misslungener Bildungsverläufe tragen. Bildung in der Kommune ist aber nicht nur Grundlage für berufliche Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe. Vielmehr wird sie inzwischen als eine zentrale Säule erfolgreicher Stadtentwicklung und

als entscheidender Standortfaktor angesehen. Es kommt darauf an, Städte und Gemeinden zu Räumen zu entwickeln, in denen Bildungslandschaften politisch gestaltet werden.

Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen sowie die Begleitung und Beratung der Eltern sind zentrale Gestaltungsaufgaben kommunaler Selbstverwaltung, das heißt Kommunen sind bildungspolitische Akteure, die von Bürgern und Wirtschaft zunehmend gefordert werden.

Die Stadt Leipzig hat sich daher auf den Weg gemacht, das Thema Bildung aus kommunaler Sicht verstärkt in den Blick zu nehmen. Wir wollen uns verantwortlich einbringen und die Zukunft von Bildung mitgestalten. Folgende drei Leitgedanken stehen dabei im Vordergrund:

1. Transparenz schaffen

Wir müssen das Rad nicht immer wieder neu erfinden, es gilt vielmehr, existierende Strukturen, Programme, Projekte und Angebote besser bekannt zu machen und aufeinander abzustimmen. Wir müssen zudem die Vernetzung der Akteure sicherstellen, denn ...

2. wirksame Koordination kann nur in einem Geist der Partnerschaft gelingen

Kommunale Bildungspolitik kann nicht allein „von oben herab“ gestaltet werden. Genauso wichtig ist es, sich innerhalb wie außerhalb der Stadtverwaltung dazu zu bekennen: Wir wollen am Aufbau einer gelingenden lokalen Bildungslandschaft aktiv mitwirken, denn eine Kooperation kann nur erfolgreich sein, wenn es vereinbarte Ziele gibt, die von allen Akteuren erarbeitet und mitgetragen werden.

3. Politik wird regelhaft und verlässlich einbezogen

Der Aufbau und die Verstärkung kommunaler Koordinierung können nur gelingen, wenn sie in laufender Abstimmung mit den politischen Entscheidungsträgern geschehen. Der Stadtrat und seine Gremien übernehmen hier besondere Verantwortung.

Meine Damen und Herren, Programme wie „Perspektive Berufsabschluss“ oder auch „Lernen vor Ort“ geben uns dabei einen zusätzlichen Innovations Schub, um bestehende Ansätze ressortübergreifend weiterzuentwickeln. Zugleich besteht die Chance zur Mitgestaltung und Steuerung. Natürlich spielt auch die finanzielle Unterstützung eine Rolle. Wie viele andere Kommunen auch, befindet sich die Stadt Leipzig – was ihre Handlungsbedingungen betrifft – in einer finanziell schwierigen Lage.

Kommunen erleben einen ständigen Aufgabenzuwachs, ohne für dessen Bewältigung entsprechend ausgestattet zu sein. Darüber hinaus stehen sie vor demographischen Herausforderungen.

Für Leipzig heißt dies:

Die Zahl der Unter-15-Jährigen ist – nicht zuletzt durch den sprunghaften Rückgang der Geburten seit 1990 – stark gesunken, auch wenn wir derzeit steigende Geburtenraten verzeichnen. Die Zahl der Schulabgänger hat stetig abgenommen. 2000 waren es noch 5 800, 2008 nur noch 4 000. Und was uns besonders Sorgen macht: Jährlich verlassen rund zwölf Prozent der Schülerinnen und Schüler von Förder- und Mittelschulen die Schule ohne Abschluss und weitere neun Prozent nur mit einem Hauptschulabschluss.

Doch die Nachfrage nach solide qualifizierten Schulabgängern und Absolventen beruflicher Ausbildung steigt. Als wesentliches Problem bei der Lehrstellenvergabe wird von Unternehmen vor allem die unzureichende Ausbildungsreife beklagt.



Um den Schwierigkeiten Leipziger Jugendlicher beim Einstieg in die Arbeitswelt zu begegnen, haben wir im „Leipziger Aktionsplan für Beschäftigung“ Handlungsfelder benannt, die sich dezidiert auf die Zielgruppe der jugendlichen und jungen Erwachsenen beziehen. Dennoch bleiben immer wieder Jugendliche zurück, die die Anforderungen im Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt unzureichend bewältigen.

Aber auch hier muss die Ursachenforschung differenziert erfolgen. Es reicht nicht aus, Defizite nur allein bei den Jugendlichen zu suchen. Auch die unterschiedlichen und sehr ressortorientierten Zuständigkeiten – beispielsweise zwischen Agenturen für Arbeit und SGB-II-Institutionen – auf Bundes-, Länder- und schließlich auch kommunaler Ebene sind als sehr hinderlich für das Gelingen des Übergangs einzuschätzen. Die Vielfalt erschwert die wirksame Abstimmung von Strategien und von Förderinstrumenten.

Lassen Sie mich an zwei Beispielen aus dem Programm „Perspektive Berufsabschluss“ verdeutlichen, wie wir in unserer Stadt die Herausforderungen positiv aufgegriffen haben und auch erfolgreich sind.

Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“

Hier zielt das beim Jugendamt Leipzig angesiedelte „Regionale Übergangsmanagement Leipzig“ der Förderinitiative 1 des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ auf eine intensivere Bündelung

und Abstimmung. Berufliche Eingliederungsprozesse von Jugendlichen sollen anschlussorientierter gestaltet werden.

Eine wichtige Datengrundlage schaffen hierbei die „Leipziger Schulabsolventenstudien“. Die Längsschnittuntersuchungen verfolgen die Wege Leipziger Schülerinnen und Schüler aus Mittel- und Förderschulen durch das Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbssystem. Sie stellen nicht nur eine Bestandsaufnahme kommunaler Strukturen und Angebote im Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt dar, sondern zeigen zugleich auch Handlungsbedarfe auf. So wurden nach dem Projektauftritt 2008 in Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren eine Reihe von strukturellen und operativen Lösungen erarbeitet.

Einen Schwerpunkt bildete die Weiterentwicklung der schulischen Berufsorientierung. Auf Grundlage der sächsischen Strategie zur Berufs- und Studienorientierung wurde die Qualifizierung schuleigener Konzepte einschließlich Berufswahlpass durch

die Beraterinnen Schule-Wirtschaft der Regionalstelle Leipzig der Sächsischen Bildungsagentur forciert.

Mit der Umsetzung von „komm auf Tour – meine Stärken, meine Zukunft“, einem Projekt zur Stärkentdeckung, Berufsorientierung und Lebensplanung für Jugendliche aus Förder- und Mittelschulen ab der 6./7. Klasse, konnte ein Impuls zur frühzeitigen Konsolidierung und zur kooperativen Umsetzung der Berufsorientierung gegeben werden. Des Weiteren wurde an der Verankerung der Thematik der Berufsorientierung im Lehramtsstudium der Universität Leipzig und im Referendariat sowie an der Realisierung einer Fortbildung mit Unternehmenspraktikum für Lehrkräfte gearbeitet.

Im Bereich der Elternarbeit erfolgte die Entwicklung und Erprobung von Instrumenten, um Eltern in ihrem Erziehungsauftrag zu stärken. Sie sollen für ihre Rolle im Berufsorientierungsprozess sensibilisiert werden und Informationen zur Thematik des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt vermittelt bekommen. Es entstanden eine Aktionslandkarte



mit Informations- und Beratungsangeboten für Eltern und eine Elternbefragung zur Ermittlung der Wünsche und Bedarfe an Informationsmöglichkeiten. In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Leipzig und weiteren Akteuren werden regelmäßig Elternbriefe herausgegeben und in Kooperation mit dem Internationalen Bund wird das Modellprojekt „Gemeinsam in die Zukunft – Elternarbeit am Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt“ an einer Förder- und einer Mittelschule in Leipzig umgesetzt.

Ergänzend wurde eine Datenbank zu Förderinstrumenten, die während und mit Verlassen der Schule greifen, aufgebaut. Das Onlineportal schafft Transparenz, dient als Leitfaden und Arbeitshilfe für alle Akteure im Übergangssystem und leistet einen Beitrag zur passgerechteren Vermittlung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Maßnahmen. Aktuell steht auf Basis der Datenbank die Erarbeitung einer Broschüre für Wirtschaftsvertreter auf dem Programm der Koordinierungsstelle.



Die Sensibilisierung von Unternehmen für chancenarme Jugendliche wird in der verbleibenden Projektlaufzeit ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt sein. Vor diesem Hintergrund wurde 2010 die Neuausrichtung des Berufsausbildungspreises der Stadt Leipzig „AZUBI 2010 – Erzähl uns Deine Geschichte“ unterstützt. Der Preis, um welchen sich in den Vorjahren vorbildliche Ausbildungsbetriebe bewerben konnten, richtet sich nunmehr an Auszubildende mit schwierigen Startbedingungen und an Betriebe, die diesen Jugendlichen die Perspektive auf einen Berufsabschluss geben.

Zudem wird gemeinsam mit den Leipziger Kammern über Medien, Publikationen und Veranstaltungen für Unternehmensvertreter am Transfer von Informationen zu Unterstützungs- und Fördermöglich-

lichkeiten bei der Aufnahme benachteiligter Jugendlicher in Ausbildung gearbeitet und so eine breite Sensibilisierung der Öffentlichkeit erreicht.

Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“

Ergänzend zum Übergangmanagement zielt die Förderinitiative 2 im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ darauf ab, Nachqualifizierung in der Region Leipzig nachhaltig zu implementieren. Uns geht es unter anderem darum, die Arbeitsgrundlagen für eine praktische Umsetzung – dies können beispielsweise Handreichungen oder Formblätter sein – zu entwickeln und mit den zuständigen Stellen, Förderinstitutionen sowie auch Bildungspartnern abzusprechen. Umgesetzt wird diese Förderinitiative bei uns in Leipzig durch das Projekt „MoNA – Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung junger Arbeitnehmer und Arbeitsloser ohne Berufsabschluss“ des Technologie- und Berufsbildungszentrums Leipzig.

Aufgrund des angesprochenen demographischen Wandels mit Rückgang an Schulabgängerzahlen werden immer mehr geringqualifizierte Erwachsene in den Fokus der Unternehmen rücken. Erwachsene verfügen im Gegensatz zu jungen Auszubildenden über Berufserfahrungen. Diese Vorleistungen werden genutzt, um an- und ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie arbeitslose An- und Ungelernte über die Externenprüfung zum Berufsabschluss zu führen und so ihre Beschäftigungschancen zu verbessern. Und Unternehmen werden Wege aufgezeigt, Qualifizierungspotenziale an- und ungelernerter Beschäftigter zu erschließen und so ihren Fachkräftebedarf zu decken.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Abschluss, ein Zwischenresümee zu ziehen:

Zur Halbzeit des Programms sind wesentliche Arbeitsgrundlagen in den Förderinitiativen geschaffen worden. Zielstellung für die weitere Arbeit ist es, begonnene Wege fortzusetzen und bereits entwickelte Strukturen und Kooperationen mit den regionalen Akteuren zu festigen. Mit dem Ende der Projektlaufzeit soll der Rahmen geschaffen sein, die kooperativ erarbeiteten Gestaltungs- und Handlungsansätze nachhaltig in der Region zu verstetigen.

Auf diesem Weg wünsche ich uns und allen daran beteiligten Akteuren viel Erfolg und einen hohen Wirkungsgrad. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bildungsrepublik Deutschland – das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ im Kontext einer umfassenden Bildungsoffensive

Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass Sie der Einladung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung so zahlreich nach Leipzig gefolgt sind.

Das öffentliche Interesse an den Fragen „Welche Bildung brauchen wir?“ und „Was ist gute Bildung?“ ist in den vergangenen Jahren für uns alle wahrnehmbar gestiegen. Damit meine ich nicht die vielfach zitierten Sonntagsreden; ich meine die unterschiedlichen Maßnahmen der Kommunen, der Länder und des Bundes, die an vielen Orten ins Leben gerufen wurden, um dem Ziel der Bildungsgerechtigkeit in unserem Land näher zu kommen. Zudem möchte ich die vielfältigen Initiativen von Kammern, Verbänden, Stiftungen und Bürgerinitiativen hervorheben, die sich für Kinder und Jugendliche einsetzen, um das Ziel „Aufstieg durch Bildung“ zu realisieren.

Der chinesische Philosoph Laotse sagt: „Nur wer sein Ziel kennt, findet den Weg.“ Diese Bundesregierung kennt ihr Ziel. Es lautet: Den Aufstieg durch

Bildung ermöglichen – Bildungsgerechtigkeit verwirklichen. Dieses Ziel ist von breitem gesellschaftlichem Konsens getragen, und zwar von allen politischen Strömungen und Parteien. Das Ziel „Mehr für Bildung“ spiegelt sich auch in den Prioritäten dieser Bundesregierung wider.

Wir haben entschieden, in dieser Legislaturperiode zusätzlich sechs Milliarden Euro in Bildung zu investieren. Wir wollen gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen, der Wirtschaft sowie mit dem Engagement jeder Bürgerin und jedes Bürgers erreichen, dass wir zusammen bis 2015 mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandproduktes in Bildung investieren. Das ist kein Selbstzweck – das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes! Damit investieren wir in die Leistungskraft unserer Wirtschaft und stärken gleichzeitig die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkelkinder.

Sie alle, meine Damen und Herren, steigen jeden Tag aufs Neue in den Ring für Bildung. Und darin möchte ich Sie ermutigen, denn: Wir brauchen Ihren Einsatz! Unser gemeinsames Engagement lohnt



sich! Auf dem Weg in die Bildungsrepublik Deutschland haben wir bereits große Fortschritte erreicht! Welche Erfolge sind das? Lassen Sie mich fünf Beispiele nennen.

Frühkindliche Bildung

Das Betreuungsangebot von Kindern unter drei Jahren wächst. Die Zahl der Betreuungsplätze hat im Vergleich zum Vorjahr in gemeinsamer Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen um 15 Prozent zugenommen. Eine Betreuungsquote von über 20 Prozent bildet eine gute Ausgangslage, um das Ziel einer bundesweiten Versorgungsquote von durchschnittlich 35 Prozent zu erreichen. Der Bund beteiligt sich bis zum Jahr 2013 mit vier Milliarden Euro an den entstehenden Kosten. Und wir tragen dazu bei, Erzieher und Erzieherinnen besser zu qualifizieren.

Schule

Mittlerweile arbeitet fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs I im Ganztagsbetrieb. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die Ganztagsangebote nutzen, hat sich verdoppelt. Nun müssen wir alles daran setzen, die Qualität zu steigern. Das BMBF unterstützt deshalb Ganztagschulen bis 2014 bei ihrer pädagogischen Qualitätsentwicklung durch das Programm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen.“

Weiterführende Schule

Immer mehr Schülerinnen und Schüler gehen auf das Gymnasium. Vor allem junge Frauen sind immer besser qualifiziert. Waren es im Jahr 2004 noch 28 Prozent, so haben im Jahr 2008 schon 32 Prozent der jungen Menschen die allgemeine Hochschulreife erlangt.

Hochschulpakt

Wir verzeichnen einen Höchststand bei der Zahl der Studienanfänger. Mit einem Gesamtzuwachs von 101 000 über den Zeitraum 2007 bis 2009 und einer Quote von 43 Prozent (in 2009) ist das gemeinsame Ziel von Bund und Ländern aus dem Dresdner Bildungsgipfel – 40 Prozent Studienanfängerinnen und -anfänger eines Jahrganges zu erreichen – bereits deutlich überschritten. Der Hochschulpakt hat dazu wesentlich beigetragen.

Zudem haben Bund und Länder diesen Hochschulpakt vor wenigen Monaten um eine dritte Säule für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre erweitert, die im Wesentlichen aus Bundesmitteln finanziert wird. Dieser Qualitätspakt wird die Lehre an den deutschen Hochschulen – insbesondere die Beratung und Betreuung der Studierenden – verbessern. Wir wollen damit auch eine Kultur der Anerkennung für die Lehre fördern.

Hinzu kommt das neue nationale Stipendienprogramm: Das Deutschlandstipendium eröffnet neue Fördermöglichkeiten für besonders begabte Studierende, gerade auch solchen, die in der klassischen Begabtenförderung bislang unterrepräsentiert sind. Und es trägt dazu bei, eine moderne Stipendienkultur aufzubauen – deutschlandweit.

Ausbildung

Die Ausbildungsmarktsituation hat sich deutlich verbessert. 2009 registrierte die Bundesagentur für Arbeit zum Ende ihres Vermittlungsjahres mehr unbesetzte Ausbildungsplätze (17 255) als unversorgte Bewerber (9 603). Auch die Monatszahlen für 2010 deuten auf eine weitere Entspannung des Ausbildungsmarktes hin. Unnötige Warteschleifen, in denen sich Jugendliche zwischen Schule und Eintritt ins Berufsleben befinden, wurden verringert: Die Neuzugänge im Übergangssystem liegen erstmals seit 2000 unter 400 000 Jugendlichen. Damit konnte die Quote von über 50 Prozent inzwischen auf 35 Prozent gesenkt werden. Dies ist ein beachtlicher Fortschritt, wir dürfen aber nicht nachlassen, um eine weitere Senkung zu erreichen.

Auch die OECD, die uns in der Vergangenheit nicht immer die besten Zeugnisse ausgestellt hat, kam in ihrer vor Kurzem veröffentlichten Studie „Learning for Jobs“ zu dem Schluss, dass Deutschland ein hervorragend ausgebautes Berufsbildungssystem hat. Dies ist im Wesentlichen auf die duale Ausbildung zurückzuführen. Sie ist „in Deutschland tief verwurzelt und weltweit anerkannt“, so das Ergebnis der OECD. In der Tat zeigt unsere tägliche Erfahrung, dass Experten aus zahlreichen Ländern der Welt vom dualen System lernen wollen. Die Studie belegt zudem: Die Jugendlichen werden in dieser Ausbildung, die Praxis und Theorie verbindet, erfolgreich auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Die Jugendarbeitslosigkeit ist deshalb in Deutschland im internationalen Vergleich niedrig.

Das deutsche Berufsbildungssystem bietet zugleich die weltweit einmalige Chance, das Thema „Chancengerechtigkeit“ anzugehen: Das duale System ist im Grundsatz offen für jede und jeden. Es ist nicht an eine formale Vorqualifikation geknüpft, entscheidend ist allein die interessante Berufsperspektive. Und so bietet es Abiturienten ebenso eine Zukunftschance wie Jugendlichen ohne Schulabschluss. Dieses Erfolgsmodell „made in Germany“ wollen wir stärker exportieren und reagieren damit auf die interessierten Nachfragen, vor allem aus dem arabischen und asiatischen Raum.



Weltweit befinden sich Gesellschaften in tiefgreifenden Wandlungs- und Globalisierungsprozessen. Politik, Wirtschaft, Finanzwesen, Kultur, Kommunikation und Umwelt sind nur noch international denk- und lösbar. Wie können wir Knowhow und Fachwissen effektiv nutzen? Diese Frage rückt immer mehr in den Mittelpunkt moderner Standortpolitik. Deutschland muss sich in einem immer schärfer werdenden Wettbewerb um die Talente dieser Welt bewähren. Der internationale Wettbewerb um kluge Köpfe gewinnt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Deutschland – die dramatisch und zugleich unumkehrbar ist – besondere Brisanz:

- > Deutschland befindet sich bevölkerungstechnisch auf Schrumpfkurs. Seit Anfang der 70er Jahre ist jede Generation um rund ein Drittel kleiner als ihre Elterngeneration.
- > Selbst wenn wir extrem hohe Zuzugsraten unterstellen, ist der Rückgang der Bevölkerung in Deutschland nicht mehr zu stoppen.
- > Zugleich verändert sich der Altersaufbau der Gesellschaft. Wir werden immer älter – hoffentlich auch immer gesünder immer älter.

Diese Entwicklungen werden unseren Alltag, unsere Berufswelt, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft beeinflussen. Zentrale Frage ist dabei: Wie sichern wir unseren Fachkräftebedarf? Dazu gibt es folgende Leitlinien unserer Bildungspolitik:

1. Wir müssen alle Potenziale in unserem Land erschließen.
2. Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung und gelungene Integration.

Wie werden diese Leitlinien umgesetzt? Dazu möchte ich heute fünf Initiativen hervorheben.

Initiative „Bildungsketten“

Die Herausforderung: Es gibt zu viele junge Menschen, die im sogenannten Übergangssystem gelandet sind. Es gilt, gerade ihr Potenzial für eine vollqualifizierende Ausbildung zu erschließen. Dazu müssen wir schon in der Schule ansetzen.

Die Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ ist unser Angebot an die Jugendlichen, um sie frühzeitig abzuholen. Dazu führen wir gegenwärtig intensive Gespräche mit den Ländern. Die Gespräche zeigen: Wir stimmen erfreulich oft in den Zielen und Maßnahmen überein!

Bei den Bildungsketten kommen Instrumente zum Einsatz, die in der Praxis bereits erprobt wurden und sich bewährt haben.

Ausgangspunkt ist eine Potenzialanalyse von Lernenden allgemeinbildender Schulen ab der 7. Klasse, die auf einen Hauptschulabschluss vorbereiten. Jedes Mädchen und jeder Junge hat individuelle – nicht nur schulische – Stärken, auf die im Hinblick auf Ausbildungsfähigkeit aufgebaut werden kann.

Das zweite Glied der Bildungsketten bildet das Programm „Berufsorientierung an überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und vergleichbaren Einrichtungen“. Seit dem Start des Programms im Jahr 2008 konnten bereits weit über 100 000 Jugendliche in der 8. Klasse ein Werkstattpraktikum im Umfang von 80 Stunden in unterschiedlichen Berufsfeldern absolvieren und so „hands on“ erleben: Was liegt mir mehr, Tischlern, Elektronik oder ein kaufmännischer Beruf?

Es ist wichtig, frühzeitig einen realistischen Einblick in die Berufswelt zu bekommen. Damit die Bildungskette danach nicht abreißt, gibt es für besonders unterstützungsbedürftige Schülerinnen und Schüler in den Vorabgangsklassen Berufseinstiegsbegleiter – auch Bildungslotsen genannt – als

drittes Glied in unserer Bildungskette. Es ist vorgesehen, mit bis zu 1 000 zusätzlichen hauptamtlichen Berufseinstiegsbegleitern und weiteren 1 000 ehrenamtlichen Lotsen insgesamt bis zu 30 000 förderungsbedürftige Schüler und Schülerinnen mehrjährig zu betreuen.

Last but not least sind neben diesen hauptamtlichen, pädagogisch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Initiative „Bildungsketten“ weitere 1 000 ehrenamtliche Senior-Experten vorgesehen – das ist das vierte Glied der Bildungskette. Diese Praktiker mit Berufsbildungserfahrung sollen junge Menschen während der Berufsausbildung betreuen und so frühzeitige Abbrüche verhindern und die Ausbildungsverhältnisse stabilisieren. Bildungslotsen und Senior-Experten werden ein festes Gespann bei der Betreuung derer bilden, auf die es uns ankommt – damit kein Talent verloren geht!



Neuausrichtung der Bildungsstrukturen

Das zweite Element in unserer Strategie lautet: Wir müssen die Bildungsstrukturen auf die neuen Aufgaben ausrichten.

Dabei bestehen zwei Herausforderungen:

1. Immer noch brechen zu viele Jugendliche die Schule ab. Ein regionales Übergangsmanagement als Bildungsbündnis aller Verantwortlichen innerhalb einer Stadt oder eines Landkreises bietet Jugendlichen die notwendigen Hilfestellungen an.
2. Zugleich ist die Situation in Deutschland sehr spezifisch: Während es in vielen Ländern eher zu wenige Maßnahmen für den Übergang Schule-Ausbildung gibt, konkurrieren hierzulande zahlreiche den Übergang unterstützende Aktivitäten. Wir benötigen ein transparentes und überschaubares

Angebot mit nachhaltiger und flächendeckender Wirkung auf allen föderalen Ebenen.

Daher strebt die Bundesregierung eine Verzahnung der Maßnahmen, Programme und Aktivitäten des Bundes, der Länder und der Bundesagentur für Arbeit an. Das Ziel der Bundesregierung ist eine ganzheitliche Förderung und Betreuung der Jugendlichen. Dazu erarbeitet eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe einen Vorschlag, der zusammen mit der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Jahr 2011 umgesetzt werden soll.

Die Erfahrungen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ führen uns aber auch eines ganz deutlich vor Augen: Die Eltern haben einen entscheidenden Einfluss auf die Berufsorientierung von Jugendlichen und müssen einbezogen werden. Den meisten Eltern ist sehr wohl bewusst: Bildungschancen sind Lebenschancen.

Zweite Chance

Wir benötigen eine Kultur der zweiten Chance.

Die Herausforderung: Bislang An- und Ungelernte sind als Erste von Arbeitslosigkeit betroffen und erhalten bei positiver wirtschaftlicher Entwicklung als Letzte eine Perspektive. Daher ist eine zweite Chance für sie oberstes Gebot der Bildungsgerechtigkeit.

Gerade im Zuge der Wirtschaftskrise haben viele An- und Ungelernte erkannt, wie wichtig eine abgeschlossene Berufsausbildung ist. Weiterbildungsmaßnahmen sind im Moment gefragt wie nie.

Dazu hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Bildungsprämie geschaffen. Sie erreicht zunehmend Gruppen, die bislang in der Weiterbildung unterrepräsentiert waren: Niedrigqualifizierte, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund. In Kürze werden wir den 50 000. Bildungsgutschein ausstellen.

Mit dem Programm „Perspektive Berufsabschluss“, das im Zentrum dieses Tages steht, geben wir zusätzlich neue strukturelle Impulse, um die Hemmschwelle bei der Nachqualifizierung von An- und Ungelernten zu senken. Die Unternehmen erkennen mehr und mehr, wie wichtig es ist, ihren Fachkräftebedarf selbstinitiativ zu sichern und ihre geringqualifizierten Kräfte nachzuqualifizieren. Dazu schaffen wir mit diesem Programm dauerhafte Strukturen vor Ort.

Zudem werden die Projekte im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ verdoppelt und beispiels-

weise um branchenspezifische Ansätze wie Gesundheit und Pflege und die Nachqualifizierung von Häftlingen erweitert.

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Faktor für eine gelungene Integration in unsere Gesellschaft.

Die Herausforderung: Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen ist in Deutschland noch immer kompliziert und unbefriedigend. So wird wertvolles Fachkräftepotenzial bisher unzureichend genutzt: Betrachtet man die Gruppe der Arbeitslosengeld-II-Empfänger, so weisen 25 Prozent derjenigen, die einen Migrationshintergrund haben, einen Berufs- oder Hochschulabschluss auf. In ihrem Beruf können sie in Deutschland jedoch oftmals nicht tätig sein.

Die vertretenen Projekte des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ kennen diese Problematik aus ihrer täglichen Praxis. Sie beraten die Betroffenen daher, wie ihre berufliche Qualifikation

anerkannt werden kann. Diese Hilfe ist wertvoll, ihre Beratung wird aber bald inhaltliche Modifizierungen bekommen, denn die Bundesregierung hat im Dezember 2009 Eckpunkte zu dem im Koalitionsvertrag skizzierten Vorhaben „Verbesserte Anerkennung von beruflichen Auslandsqualifikationen“ vorgelegt. Da auf der einen Seite mehr Fachkräfte benötigt und auf der anderen Seite in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten häufig weit unterhalb ihrer Qualifikationen beschäftigt werden, ergreift das BMBF die Initiative: Wir werden ein Bundesgesetz zur Neuregelung der Anerkennung noch in diesem Jahr vorlegen.

Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Wir müssen die Bildungschancen und die Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhöhen.

Die Herausforderung: Trotz der positiven Entwicklungen seit der ersten PISA-Untersuchung, die sich auch im ersten Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung aus dem vergangenen Jahr wieder-



finden, belegen die internationalen Vergleichsstudien gerade für Deutschland einen hohen Zusammenhang zwischen ethnischer und sozialer Herkunft und dem Schulerfolg:

- > Fast jeder fünfte ausländische Jugendliche erreicht keinen Schulabschluss.
- > Die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher ist in den vergangenen Jahren – trotz der verbesserten Lage auf dem Ausbildungsmarkt – weiter gesunken.
- > 40 Prozent der jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund haben keinen Berufsabschluss und damit auch wenig oder keine Aussichten, auf dem Arbeitsmarkt zu reüssieren.

Diese Jugendlichen stellen bei den Unter-25-Jährigen inzwischen mehr als ein Viertel der Altersgruppe. In den Ballungszentren der alten Bundesländer kommen bereits bis zu 40 Prozent der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Sie sind ein Potenzial, auf das wir in Deutschland nicht verzichten können.

Meine Damen und Herren, jeder Beitrag zu einer Willkommenskultur in Deutschland ist höchst erwünscht! In den vergangenen Wochen wurde immer wieder der Vorwurf laut, die Politik tue zu wenig im Bereich der Migrantinnen und Migranten. Zahlreiche Initiativen und Projekte allein des BMBF widerlegen diese Aussage. Beispielhaft sei das Begleitprojekt zum heutigen Programm „Mit MigrantInnen für MigrantInnen – Interkulturelle Kooperation zur Verbesserung der Bildungsintegration“ genannt. Es unterstützt – auch hier in Leipzig – das Selbsthilfepotenzial der Migrantenorganisationen. Sie werden im Verlauf der Tagung noch ausführliche Informationen darüber erhalten.

Zugang zu Bildung hat nur, wer unsere Sprache beherrscht. Die Bundesregierung unterstützt deshalb in Kooperation mit den Bundesländern Migrantinnen und Migranten durch gezielte Sprachförderung. Im Rahmen der Qualifizierungsinitiative von Bund und Ländern wurde verabredet, Sprachfä-

higkeit möglichst früh zu fördern. Zwei Jahre nach dem Bildungsgipfel von Dresden wird in fast allen Ländern der Sprachstand von vier- bis sechsjährigen Kindern überprüft. Die als sprachförderbedürftig eingestuften Kinder werden in nahezu allen Ländern zur Teilnahme an zusätzlichen Sprachfördermaßnahmen verpflichtet.

Ende Mai hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie über Integrationsrenditen nachdrücklich vor Augen geführt, in welchem Maße sich Investitionen in Bildung, und insbesondere in die frühkindliche Förderung von Kindern aus zugewanderten Familien, lohnen – Bildungsinvestitionen sind ein Wachstumsmotor und sie lassen sich als volkswirtschaftliche Erträge berechnen. Dennoch: Kriterium für Bildungspolitik kann nicht allein ihr wirtschaftlicher Ertrag sein, sondern ihr Beitrag zu Demokratie, zu gesellschaftlicher Teilhabe, zu individuellen Lebenschancen, zu Kunst, Kultur und zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Ich habe mit einem Aphorismus des chinesischen Philosophen Laotse begonnen und möchte mit einem alten chinesischen Sprichwort enden. Es lautet:

„Willst Du im laufenden Jahr ein Ergebnis sehen, so säe Samenkörner. Willst Du in zehn Jahren ein Ergebnis sehen, so setze Bäume. Willst Du das ganze Leben lang ein Ergebnis sehen, so entwickle die Menschen.“

Dieser – oft mühsamen und aufreibenden – Aufgabe haben Sie, liebe Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Jahrestagung, sich verschrieben. Ob mit Unterstützung auf Bundesebene, in den Ländern oder in den Städten und Landkreisen, ich bin mir sicher: Wenn wir alle am selben Strang ziehen, finden wir adäquate Wege, für alle Jugendlichen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und damit Bildungsgerechtigkeit zu schaffen.

Ich danke Ihnen ganz herzlich und ich wünsche Ihnen noch eine erfolgreiche Tagung.

Regionales Übergangsmanagement – zentrale Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren

Dr. Frank Braun, Deutsches Jugendinstitut

Meine Damen und Herren, das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ läuft jetzt – wie Herr Munk eben gesagt hat – seit etwa zwei Jahren. Das ist für eine relativ komplexe Aufgabe eigentlich nur ein kurzer Zeitraum, aber dennoch möchte man nach zwei Jahren wissen, was man aus dem, was bisher geschehen ist, lernen kann. Das ist meine Intention mit diesem Vortrag: Ihnen auf Basis der Erfahrungen an unseren 27 Standorten nach knapp zwei Jahren zu berichten. Dabei geht es mir nicht nur darum, was man aus den bisherigen Erfahrungen lernen kann, sondern auch darum, was wichtig zu wissen ist, für die Akteure, die vorhaben, selbst im Feld des regionalen Übergangsmanagements aktiv zu werden.

Was ist die empirische Basis meiner Aussagen? Das Deutsche Jugendinstitut als wissenschaftliche Begleitung der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ hat jährlich an den 27 Standorten der ersten Förderrunde Fallstudien durchgeführt, um die Entwicklung für jeden Standort verfolgen und nachzeichnen zu können. Das Besondere an diesen Fallstudien ist, dass wir nicht nur die Pro-

jektverantwortlichen befragt haben, sondern auch deren Kooperationspartner, potenzielle Kritiker des Ansatzes, potenzielle Konkurrenten. Uns lag an der externen Sicht, um auch Hinweise zu bekommen, wo es vielleicht Probleme oder Hindernisse gibt.

Ich möchte aus der Vielfalt der Aktivitäten, die die Standorte in dieser Zeit in Angriff genommen haben, vier herausgreifen. Das sind vier Handlungsfelder, die exemplarisch und in großem Umfang bearbeitet wurden:

1. die Schaffung der strukturellen Voraussetzung, also die Einrichtung eines Koordinationsgremiums für das Übergangsmanagement,
2. die Bereitstellung von Daten zum Übergangsgeschehen,
3. die Evaluation vorhandener Maßnahmen und Angebote in der Region und
4. die Verbesserung der Angebotsstruktur im Übergangssystem.

Wenn ich hier von „Übergangssystem“ spreche, benutze ich nicht die Definition des nationalen Bil-



dungsberichts, der bestimmte Bildungsangebote diesem Übergangssystem zugeordnet hat, sondern meine die Gesamtheit der Angebote, Strukturen und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, den Übergang von der Schule in eine Ausbildung zu gestalten.

Wie werde ich bei der Behandlung dieser vier Handlungsfelder vorgehen? Ich will in einem ersten Schritt kurz darauf eingehen, welche Diagnose dem Vorgehen zugrunde liegt, also konkret: Warum macht man das alles eigentlich? Die zweite Frage ist, welche Hindernisse beim Vorgehen regelmäßig und typischerweise auftraten und drittens, welche Lösungen gefunden wurden, um diese Hindernisse zu bewältigen.

Einrichtung eines Koordinationsgremiums

Ich komme zum ersten Handlungsfeld, der Einrichtung eines Koordinationsgremiums. Die Diagnose lautet hier, dass es zur Verbesserung von Übergängen und zur Prävention von Ausbildungslosigkeit – darum geht es ja – einer besseren Abstimmung zwischen Akteuren und Angeboten in der Region bedarf. Deswegen war die Zielsetzung an der Mehrzahl der Standorte, ein Gremium zu schaffen, in dem sich relevante Akteure gegenseitig informieren, Aktivitäten abstimmen, ein gemeinsames Konzept für das regionale Übergangssystem entwickeln und dann auch umsetzen.

Welche Hindernisse traten bei der Einrichtung solcher Gremien auf? Wieso gab es überhaupt Hindernisse? Alle reden von Kooperation und alle finden es gut, wie kann es da denn Hindernisse geben? Es gab Hindernisse!

Ein erstes, relativ banales Hindernis ist, dass es fast an allen Standorten mindestens eins, aber in vielen Fällen leider mehrere Gremien gab, die bereits den Anspruch hatten, zu koordinieren und dafür zu sorgen, dass Kooperation stattfindet. Das warf dann natürlich die Frage auf, welches der bestehenden Gremien sollte diese Funktion zusätzlich übernehmen oder sollte man vielleicht ein ganz neues einrichten?

Ein zweites Hindernis hing ganz eng mit dem ersten zusammen. Dadurch, dass die wichtigen Akteure oft schon in vielen Gremien saßen und auch sonst gewisse Aufgaben hatten, gab es fast überall Überlastungsprobleme, und dort, wo ein neues Gremium eingerichtet wurde, immer den Schreckensaufschrei: „Nicht noch ein Gremium!“

Ein drittes Hindernis war, dass bestimmte Institutionen verständlicherweise den Anspruch vertraten, dass sie doch eigentlich schon für Koordination und Abstimmung sorgten und nicht gut nachvollziehen konnten, wieso jetzt noch jemand anderes herkommen und koordinieren wollte. Das betraf an einigen Standorten die Agenturen für Arbeit, an anderen auch die Kammern von ihrem gesetzlichen Auftrag her.

Ein viertes Hindernis war, dass die Akteure, die man für ein solches Gremium brauchte, nicht nur in sehr unterschiedliche Strukturen, sondern vor allem auch Gesetzeskreise eingebunden waren. Wenn beispielsweise das Jugendamt mitmachen sollte, war das bereits in die kommunale Politik eingebunden, die Schulverwaltung war durch die Kulturhoheit der Länder eher eingebunden in die Landespolitik und die Agenturen für Arbeit als Bundeseinrichtung in die Bundespolitik. Die Frage war: Wie konnte man unter diesen Rahmenbedingungen eine Basis für eine gemeinsame und verbindliche Kooperation schaffen?



Welche Lösungen wurden an den Standorten gefunden und was waren Erfolgsfaktoren? Herr Munk hat vorhin auf die große Vielfalt der Rahmenbedingungen hingewiesen, deshalb kann ich hier und jetzt nur idealtypische Lösungen vorstellen.

Entscheidend für den Erfolg eines Gremiums war der Ort der Anbindung. Es kam darauf an, dass der Ort als neutral angesehen wurde, dass er in der Verwaltung einen bedeutenden Rang hat und, dass die Person, die damit verbunden war, möglichst auch politisch in der Kommune oder im Landkreis ein großes Gewicht hatte.

Entscheidend war weiterhin, dass es in den Gremien relativ schnell gelang, gemeinsame politische Ziele und Strategien für das Übergangsmangement festzulegen, also ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln von dem, wo man hinwollte.

Entscheidend war auch, dass in den Gremien Personen mit Entscheidungskompetenz eingebunden waren, was natürlich voraussetzte, dass in dem Gremium auch tatsächlich Wichtiges geschah, denn sonst kamen die nicht wieder.

Damit das Gremium überhaupt funktionieren konnte, war darüber hinaus noch eine qualitativ hochwertige Zuarbeit durch einen Arbeitsstab entscheidend, der aus den eigentlichen Koordinatoren des regionalen Übergangsmanagements bestand.



Bereitstellung von Daten zum Übergangsgeschehen

Ich komme zum zweiten Handlungsfeld, der Bereitstellung von Daten zum Übergangsgeschehen. Die Diagnose dort lautete: Es gibt große regionale Unterschiede im Übergangsgeschehen, die Bildungsverläufe von Jugendlichen sind regional ganz unterschiedlich. Man kann bundesweite Daten, wie der nationale Bildungsbericht sie liefert, nicht einfach herunterbrechen auf die Region. Das bedeutet umgekehrt, dass in den Regionen sehr häufig regionalspezifische Informationen zum Übergangsgeschehen fehlten – und hier insbesondere Verlaufsdaten.

Es interessierte die Projekte an allen Standorten, welche Wege die Jugendlichen nehmen. Wo sind Sackgassen? Wo Umwege? Gerade Daten, die solche Verläufe abbildeten, gab es kaum. Deshalb war die Zielsetzung an sehr vielen Standorten, eine solide Datenbasis für das Übergangsmanagement zu schaffen. Welche Verfahren wurden dafür eingesetzt? Ein Verfahren – in unserem Fall aber nur an wenigen Standorten durchgeführt – war die Erstellung von Bildungs- und Berufsbildungsberichten, ein zweites Verfahren war die Durchführung eigener Erhebun-

gen, insbesondere von ein- oder mehrmaligen Schülerbefragungen. Ein drittes Verfahren war die Nutzung von Prozessdaten, also von Daten, die insbesondere in der Durchführung von Programmen gewonnen wurden.

Was waren typische Hindernisse, die dabei auftraten?

Bei den Bildungs- und Berufsbildungsberichten lag ein Hindernis darin, dass Daten aus ganz unterschiedlichen Quellen zusammengeführt werden mussten, die nach unterschiedlichen Kriterien erhoben worden waren. Deshalb benötigte man für die Zusammenführung sehr viel Kooperation.

Bei Schülerbefragungen lag ein Hindernis darin, dass diese einerseits sehr hohe methodische Anforderungen an die Durchführenden stellen und dass man andererseits die Kooperationsbereitschaft der Schulen brauchte, die oft schon etwas untersuchungsmüde sind, weil eine Untersuchung nach der anderen über sie hinwegrauscht.

Bei Prozessdaten, die oft im Rahmen von Bundes- und Landesprogrammen generiert wurden, war das Problem, dass jedes Programm ein eigenes Dokumentationssystem benutzt und dass die unterschiedlichen Dokumentationssysteme leider nie darauf angelegt sind, kompatibel zu sein.

Was waren Lösungen, die gefunden wurden, was waren Erfolgsfaktoren in diesem Handlungsfeld?

Entscheidend – insbesondere bei der Erstellung von Bildungs- und Berufsbildungsberichten – waren die Kooperationspartner, die Daten zuliefern sollten. Sie mussten von vornherein an der Konzipierung und Durchführung solcher Untersuchungen, solcher Zusammenführung von Daten beteiligt werden.

Bei Schülerbefragungen ging es nicht darum, Verfahren neu zu erfinden, sondern bewährte Untersuchungsverfahren und Instrumente einzusetzen und die Schulen dadurch zu gewinnen, dass auch für sie ein Nutzen aus den Befragungen entstand. Das nötige Knowhow holte man sich dadurch heran, indem man mit regionalen Wissenschaftseinrichtungen kooperierte.

Beim Einsatz von Prozessdaten lag ein Erfolgsfaktor darin, dass versucht wurde, zumindest für einen Teilbereich des Übergangssystems die Instrumente so einzusetzen, dass vollständige und umfassende Aussagen gemacht werden konnten, um dann in diesem speziellen Bereich wirklich eine Datengrundlage für weiteres Handeln zu haben.

Evaluation vorhandener Maßnahmen und Angebote

Ich komme zum dritten Handlungsfeld, der Evaluation von Angeboten und Maßnahmen in der Region. Die Diagnose hier lautete an fast allen Standorten, dass wir keinen Mangel an Angeboten und Maßnahmen haben, sondern einen Mangel an Transparenz: an Transparenz darüber, was es hier eigentlich alles gibt; an Transparenz darüber, für wen was gedacht ist, wer die Zielgruppen sind. Und dann gab es auch Zweifel, ob das, was man alles an Angeboten und Maßnahmen hat, wirklich die benötigte Qualität hat. Die Zielsetzung bei der Evaluation waren deswegen das Erreichen der Zielgruppen, die Qualitätssicherung der Angebote und die Sicherung ihrer Wirksamkeit.



Ich sage vorab: Die Evaluation war eines der ganz dicken Bretter in der Förderinitiative und viele Aktivitäten stehen da bisher noch am Anfang.

Was waren typische Hindernisse bei den Initiativen, die durch Evaluation die Transparenz über Angebote und Maßnahmen verbessern wollten?

Ein erstes Hindernis waren die Zweifel an der Zuständigkeit der Evaluatoren, insbesondere in den Fällen, in denen ein bestimmter Angebotstyp – zum Beispiel Begleit- oder Lotsenangebote – im Rahmen unterschiedlicher Programme evaluiert werden sollte, finanziert aus unterschiedlichen Quellen und durch unterschiedliche Anbieter umgesetzt. Hier kam natürlich sofort die Frage auf: „Wieso hat zum Beispiel die Kommune das Recht, mein Angebot, das ich finanziere, zu evaluieren?“ Also: Vergleichende Evaluationen, die das eigentlich Interessante waren, waren extrem schwierig durchzuführen.

Ein zweites Hindernis gab es bei Anbietern von Maßnahmen und bei Fachkräften, die angezweifelt haben, dass die richtigen Kriterien bei der Evaluation von Maßnahmen angelegt wurden. Sie haben oft ge-

sagt: „Naja, die Evaluatoren messen immer das, was sie leicht messen können, aber messen sie eigentlich auch das, was wirklich wichtig ist?“

Der dritte Punkt waren Zweifel an der Objektivität und Neutralität von Evaluationen. Es tauchte nämlich auch die Sorge auf, dass eine Evaluation nur aus Einsparungsgründen durchgeführt würde oder weil man damit den einen oder anderen Anbieter vor Ort weg haben wolle. Bei solchen Zweifeln an der Objektivität der Durchführenden und ohne Kooperationsbereitschaft der zu Evaluierenden oder der Verantwortlichen ist eine Evaluation schwer umzusetzen!

Wie sahen typische Lösungen aus, was waren Erfolgsfaktoren bei der Umsetzung?

Eine ganz wichtige Voraussetzung – insbesondere wenn man vergleichend vorgehen will – ist, dass im Koordinationsgremium nicht nur ein Konsens darüber hergestellt wird, dass beispielsweise eine vergleichende Evaluation durchgeführt werden soll, sondern auch, dass alle dann wissen, wie die unterschiedlichen Angebote wirken.

Eine zweite, ganz wichtige Erfolgsvoraussetzung war, dass Anbieter und Fachkräfte an der Entwicklung der Verfahren und an der Diskussion über die Evaluationskriterien beteiligt wurden, um sie nicht in eine Widerstandssituation zu bringen und die Zweifel an der Neutralität und Objektivität von Evaluationen auszuräumen. Hier erwies es sich als günstig, externe und anerkannte Expertise heranzuziehen, also Einrichtungen, die nicht im Verdacht standen, in der Region bestimmte Interessen zu haben und daher möglicherweise nicht mit der notwendigen Neutralität heranzugehen.

Verbesserung der Angebotsstruktur

Ich komme zum vierten und letzten Handlungsfeld, auf das ich hier eingehen möchte, nämlich die Verbesserung der Angebotsstruktur im Übergangssystem. Eine Diagnose, die sich fast alle Projektverantwortlichen dabei zu eigen gemacht hatten, war, dass man bei der Schule ansetzen muss. Die Gestaltung von Übergängen beginnt in den allgemeinbildenden Schulen und wir wissen auch, dass Schulen einen ganz großen Unterschied im Gelingen von Übergängen machen. Deswegen wurde an vielen Standorten der Ansatz verfolgt, Schulentwicklung so voranzutreiben, dass Übergänge besser gelingen können.

Welche Hindernisse traten typischerweise auf?

Ein Hindernis war, dass natürlich Schulentwicklung

nicht ohne die Schulen zu machen ist, aber doch viele Schulen gerade in den letzten zwei Jahren eher etwas verängstigt waren, und zwar aus zwei Gründen:

Ein Grund war die Demographie. Die Schülerinnen und Schüler wurden weniger und wenn man die eigene Existenz bedroht sieht, tut man sich schwerer damit, sich auf neue Sachen einzulassen. Hinzu kam – ohne dass ich das werten will, das ist nur beschreibend – dass die Veränderungen in der Sekundarstufe II, die in vielen Bundesländern in den letzten zwei Jahren sehr stark vorangetrieben wurden, natürlich die Frage aufwarfen, welche Schule übrig bleibt und welche nicht. Die Kooperationsbereitschaft war dadurch doch stark behindert.

In den Schulen lag ein weiteres Hindernis darin, dass es zwar in jeder Schule Personen gibt, die auf Veränderung aus sind, aber dass diese oft in ihren Schulen isoliert sind und deswegen bislang nicht so viel bewegen konnten.

Und ein letztes Hindernis, das nach und nach immer deutlicher wurde, ist, dass man Schulentwicklung eigentlich nicht machen kann, wenn man nicht mit der Landesebene kooperiert, die schließlich für Bildungspolitik zuständig ist. Hier sind wir alle im Programm am Anfang vielleicht etwas zu naiv gewesen.

Wie sahen die Lösungen aus, was waren typische Erfolgsfaktoren?

Eine Lösung bestand darin, dass man Ängste und Unsicherheiten auf Seiten der Schulen zu überwinden versucht hat, indem man Schulentwicklung als einen gemeinsamen Lern- und Entwicklungsprozess zwischen den Schulen organisiert hat. Also, nicht jede Schule versucht sich isoliert an Weiterentwicklung, sondern Schulen tun sich nach bestimmten Kriterien zusammen und versuchen, Probleme und Entwicklungsaufgaben gemeinsam anzugehen.

Das Zweite war, dass man innerhalb der Schulen versuchte davon abzukommen, Schulentwicklung und -verbesserung als Aufgabe einer Person – der Leitung oder eines bestimmten Fachbereichsleiters – anzusehen, sondern als eine Teamaufgabe wahrzunehmen, so dass dann zum Beispiel für Veranstaltungen zur Schulentwicklung nicht nur die Schulleitungen aus mehreren Schulen eingeladen wurden, sondern ein ganzes Team.

Bezogen auf die Kooperation auf der Landesebene war es ganz interessant, dass die regionalen Übergangsmanager so die Funktion regionaler Umsetzungsexperten erhielten. Es setzte sich dadurch nämlich auch auf der Landesebene die Erkenntnis durch, dass das, was man irgendwann einmal in irgendwelche Verordnungen geschrieben hatte, vor Ort nicht 1:1 umgesetzt werden kann, dass aber

mit dem regionalen Übergangsmanagement Leute da sind, die beurteilen können, woran die Umsetzung scheitert, was man noch verändern muss. So entstand eine – wie man so schön neudeutsch sagt – Win-win-Situation, von der das Land etwas hatte, wenn es mit dem regionalen Übergangsmanagement kooperierte, das wiederum auf die Kooperation mit dem Land angewiesen war.



Fazit

Ich komme zu einem kurzen Fazit.

1. Übergangspolitischer Konsens der relevanten Akteure ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen und es braucht einen Ort, wo diese relevanten Akteure diesen Konsens herstellen und auch immer wieder erneuern können. Das ist keine einmalige Veranstaltung, das ist eine Anforderung, die immer wieder aufs Neue entsteht.
2. Daten zum Übergangsgeschehen – das scheint auf den ersten Blick sehr trocken – sind an vielen Standorten zu einem Motor der Entwicklung geworden, weil nämlich das, was viele erahnt, gedacht, gemeint haben, mit ihrer Hilfe belegt oder auch widerlegt werden konnte. Ideal war es, wenn Datenerhebungen periodisch durchgeführt wurden und so mit der Übergangspolitik verknüpft wurden, dass sich ein dynamischer Prozess ergab.
3. Ein ganz wichtiges Fazit aus unserer Sicht ist, sich vor der Annahme zu hüten, man müsse die Strukturen vollkommen neu erfinden. Es kommt wirklich darauf an, dass man die vorhandenen Strukturen in ihrer Funktion genau betrachtet und intelligent weiterentwickelt.

Ich habe Ihnen gesagt, ich werde einen Schnelldurchgang machen. Weitere Informationen hierzu finden Sie in der Tagungsmappe. Vielen Dank!

Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung – Erfolgsindikatoren und Verfahrensstandards

Prof. Dr. Eckart Severing, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung

Nachqualifizierung bezieht sich auf das Nachholen eines Berufsabschlusses für junge Erwachsene – und das ist in Deutschland durchaus ungewöhnlich.

Viele von Ihnen im Raum sind wie wir vom f-bb schon in den 90er Jahren engagiert gewesen, als das BIBB Nachqualifizierung – zunächst im Rahmen von Modellversuchen – auf die Tagesordnung gesetzt und gefordert hat, dass es ein wesentliches Ziel der Bildungspolitik sein muss, jungen Erwachsenen, die es beim ersten Versuch nicht geschafft haben, einen Abschluss zu erreichen, eine zweite Chance zu geben, um einen regelrechten Berufsabschluss zu bekommen.

Das ist in Deutschland deswegen ungewöhnlich, weil wir ein so gut ausgebautes System der Erstausbildung haben, dass es sehr leicht passiert, denjenigen, die dort nicht direkt einmünden, individuell die Schuld zu geben und zu sagen: „Wer beim ersten Anlauf keine Ausbildung absolvieren konnte, der gehört eben nachher zu den An- und Ungelernten.“ Solange diese Bildungs-Dropouts ein Randphänomen waren, solange am Bildungssystem in der Regel niemand übermäßig gescheitert ist, mag das auch

kein Problem gewesen sein, nur haben wir jetzt zwei Dekaden hinter uns, in denen zwar viele Wirtschaftszahlen auf und ab gehen, viele Parameter nicht genau vorhersehbar sind, aber eines immer klarer wird: In jedem Jahr gelingt es zwischen 14 und 16 Prozent der Jugendlichen nicht, in eine Berufsausbildung in Deutschland einzumünden. Das ist so! Und damit haben sich gewaltige Zahlen von An- und Ungelernten aufgetürmt.

Für viele, die – so wie wir hier im Raum auch – sich in den letzten Jahren für das Thema Nachqualifizierung engagiert haben, ist das so gewesen, dass sie ein bisschen behandelt worden sind wie Missionare, also wie Menschen, denen man alles Edle zutraut, aber bei denen man auf der anderen Seite auch eine gewisse Weltfremdheit vermutet. Wie kann man für Nachqualifizierung, also dafür, dass jemand eine komplette Berufsausbildung absolviert, wenn er schon 25 oder 30 Jahre alt ist, eigentlich antreten, angesichts knapper Budgets bei der Bundesagentur, angesichts dessen, dass Betriebe ja anderes zu tun und zu machen haben als Leute zu qualifizieren? Also, da war durchaus die Schwierigkeit – und die Zahlen erfolgreicher Nach-



qualifizierungen haben diesem Eindruck ja auch recht gegeben –, dass Nachqualifizierung nicht gerade weggegangen ist wie geschnitten Brot. Dass es nicht ein Artikel war, der auf dem Bildungsmarkt übermäßig nachgefragt war, sondern sich mehr oder weniger daraus gespeist hat, dass die Akteure und Macher solcher Projekte wussten, dass mit einer beruflichen Ausbildung nachhaltige Minderung von Arbeitsplatzrisiken und ein stabiles Erwerbseinkommen verbunden sind. Aber es ist nicht so, dass das von Betrieben oder auch von denen, die berufliche Weiterbildung gefördert haben, übermäßig aufgegriffen worden wäre.

Es ist in der Vergangenheit auch so gewesen, dass es durchaus explizit geäußerte Zweifel daran gegeben hat, dass Nachqualifizierung der richtige Weg wäre. Viele von Ihnen erinnern sich noch an die letzte große Finanzierungskrise in der Arbeitsmarktpolitik. Das war in den Jahren nach 2001. Wir wissen nicht, ob uns so etwas in den nächsten Jahren noch einmal bevorstehen wird. Damals war es so, dass von der Wissenschaft – die zwar diese Beschlüsse nicht erfunden, sie nachher aber legitimiert hat – begründet worden ist, Nachqualifizierung führe dazu, dass diejenigen, die in solchen Maßnahmen sind, vom Arbeitsmarkt ferngehalten würden, sich zumindest die arbeitslosen Teilnehmenden durch sogenannte Lock-in-Effekte in langwierigen Qualifikationen nicht um Stellen bemühten und deswegen die arbeitsmarktliche Wirkung langer Qualifizierungen zu bezweifeln sei. Man müsse eher auf kurze Kurse und Trainings setzen, war damals die Devise.

Eine Devise, die zunächst einmal unter der kurzfristigen Perspektive schnellerer Verwertung von Mitteln der Beitragszahler auch manches für sich hat. Auf der anderen Seite haben das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und genau die Wissenschaftler, die das zunächst ausgerechnet hatten – etwa Prof. Michael Lechner von der Universität St. Gallen und einige andere –, in entsprechenden Studien, die zwei, drei Jahre später erschienen sind, herausgefunden, dass dies eben eine Perspektive ist, die nur auf kurze Sicht zählt.

Wir wissen ja sehr gut, warum wir jungen Menschen eine Ausbildung anraten und nicht das Anlernen in diversen Jobs – das gilt für 25- oder 30-Jährige genauso. Wenn jemand mit 25 oder 30 Jahren einen Ausbildungsabschluss durch Nachqualifizierung erwirbt, dann führt das sicher dazu, dass zunächst einmal die Investitionen der Versicherungsgemeinschaft, des Betriebes, aber auch seine individuellen Ausgaben höher sind.

Nichtsdestotrotz bleibt die individuelle wie gesellschaftliche Bildungsrendite bei einer Nachqualifizierung durchaus erhalten, denn wer kurze Trainings gemacht hat, wer sich also immer mal wieder als An- und Ungelernter für den nächsten Job vorbereitet hat, verfügt nicht über Qualifikationsreserven, die dazu führen, dass seine Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektive sehr stabil sein wird. Der ist immer wieder von Arbeitslosigkeit betroffen, und dieses dauernde Intermittieren zwischen kurzer Bildung, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung ist dann letztlich eine Sache, die teuer wird und auch individuell wenig zufriedenstellend ist. Insofern gibt es also durchaus gute Gründe, Nachqualifizierung stärker zu nutzen.



Gerade in den vergangenen Wochen ist sehr deutlich geworden, dass es mittlerweile weniger Probleme mit überqualifizierten Arbeitslosen gibt, wie man das Anfang der 2000er Jahre noch vermutet hat, als es gegen Bildung auf Vorrat ging und gegen falsche Investitionsentscheidungen der Bundesagentur. Heute sind also nicht überqualifizierte Arbeitslose das Problem, sondern – ganz im Gegenteil – der Fachkräftemangel. Dieser Fachkräftemangel – soweit und wo er schon beobachtbar ist – führt dazu, dass man über qualifikationsselektive Migrationspolitik nachdenkt. Das ist sicher kein falscher Ansatz, nur darf eines dabei nicht übersehen werden: Das größte Qualifikationspotenzial, das es gibt, haben wir schon im Lande! Das sind all die An- und Ungelernten, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten produziert haben. Das sind all diejenigen, die beim ersten Anlauf keinen Abschluss geschafft haben. Wir müssen diesen Menschen auf einfache Art und Weise Möglichkeiten geben, einen Abschluss zu erwerben!

Nun sind wir darauf nicht sehr gut eingerichtet – und damit komme ich jetzt zur „Perspektive Berufsabschluss“ und ihrer Förderinitiative 2, „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“. Wir sind insofern nicht sehr gut eingerichtet, als die institutionellen Strukturen der Bildung in Deutschland sich vor allem auf jugendliche Schulabgänger beziehen und nicht auf Menschen, die später in einem zweiten oder dritten Anlauf versuchen, einen Abschluss zu erzielen. Wir haben ein hervorragendes System der beruflichen Bildung für Schulabsolventen und eine relativ geringe Öffnung für Leute, die das später nachholen möchten. Es gibt zwar das Instrument der Externenprüfung – darauf werde ich später noch einmal eingehen –, aber es ist nicht so, dass das weitgehend genutzt wird: Gerade eben 30 000 Menschen in diesem Lande absolvieren jedes Jahr eine externe Prüfung.

Das Problem besteht darin, dass die Ausgangslagen für eine Nachqualifizierung, also für einen nachgeholt Berufsabschluss, deutlich heterogener sind als in der Erstausbildung. Wir haben hier mit Menschen zu tun, die das aus einer Arbeitslosigkeit heraus machen, oder mit Menschen, die bereits als An- und Ungelernte arbeiten, also berufsbegleitend organisieren müssen, wie sie zu einem Abschluss kommen. Wir haben außerdem ganz unterschiedliche Finanzierungswege und -regelungen zu beachten und ganz verschiedene Voraussetzungen, mit denen Menschen antreten, die eine Nachqualifizierung machen wollen.

Wir haben Zugangsschwierigkeiten zu einer Externenprüfung am Ende. Die Zugänge sind zwar geregelt, aber doch relativ restriktiv. Eine Voraussetzung für die Prüfung ist beispielsweise die andert-halb-jährige Beschäftigungszeit im einschlägigen Beruf, aber ob das im Einzelfall jeweils gegeben ist, ist eine Frage, die immer noch zu prüfen ist. Also, wir haben hier sehr heterogene Verhältnisse und damit auch hohe Risiken, wenn sich jemand auf den Weg begibt, einen Abschluss als An- und Ungelernter mit 25 oder 30 Jahren zu machen.

Weil diese Risiken hoch sind und auch, weil das Geflecht der zuständigen Strukturen und Institutionen nicht leicht durchschaubar ist, scheuen viele Menschen diesen Weg und das genau ist es, was „Perspektive Berufsabschluss“ sich vorgenommen hat: Es will in diesem Zusammenhang für mehr Transparenz und Strukturbildung sorgen, also dafür, dass das nicht eine individuelle Ausnahme für hochmotivierte An- und Ungelernte bleibt, sondern dass wir wirklich eine breite Bewegung hin zur Nachqua-

lifizierung haben, dass also möglichst viele Akteure sich miteinander vernetzen und dafür sorgen, dass diese Wege ebener, gangbarer und populärer werden.



Im Wesentlichen beruht die gesamte Initiative darauf, dass wir Netzwerke bilden, in denen die wesentlichen Akteure, die hier eine Rolle spielen – das sind zuerst einmal die Kammern auf Handwerksseite und die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitsagenturen oder die Träger der Grundsicherung, die ARGen oder andere Träger –, miteinander agieren und Bildungsträger, Unternehmen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, wen auch immer in ihrer jeweiligen Region einbinden. Das Ziel ist eben nicht, im Wettbewerb der Bildungsträger Nachqualifizierungsangebote an irgendeiner Stelle im Angebotskatalog relativ verborgen zu präsentieren, sondern Kataloge in den Regionen zu haben, mit denen man klar und simpel erkennen kann, wie Nachqualifizierung möglich ist, entsprechende Beratungsstrukturen vorzuhalten und dafür zu sorgen, dass ein Marketing für dieses Instrument passiert.

Seit zweieinhalb Jahren läuft das Programm, es gibt derzeit 22 regionale Projekte, in denen in dieser Förderinitiative 2 für bessere Wege zur Nachqualifizierung gearbeitet wird. Es gibt 20 neue regionale Projekte, die sich jetzt gerade darauf vorbereiten, hierbei mitzuarbeiten und demnächst starten werden und dabei sind zu starten.

Wir haben im Bereich der Nachqualifizierung mehrere Arbeitsfelder und ich möchte kurz erläutern, worum es dabei geht. Manche Projekte bearbeiten diese Arbeitsfelder etwas intensiver, andere jene Arbeitsfelder, aber insgesamt lassen sich vier Arbeitsfelder bei allen identifizieren. Ich will erläutern, worum es bei den Arbeitsfeldern Netzwerkarbeit, Beratungsangebote, Nachqualifizierungsangebote und

Öffentlichkeitsarbeit jeweils geht, aber durchaus auch darauf hinweisen, worin die Schwierigkeiten an den einzelnen Stellen liegen.

Netzwerkarbeit

Bei Netzwerkarbeit geht es darum, Partner zusammenzubringen, die sich im Bereich der Nachqualifizierung engagieren wollen und die jeweils entscheidend dafür sind, dass solche Wege auch gelingen. Wie gerade schon einmal erläutert, haben wir auf der Seite der Finanzierung die Agenturen für Arbeit, zum Teil aber auch die Betriebe, die hier mit unterstützend wirken oder zumindest mit Freistellungen oder anderen Maßnahmen mit agieren müssen, die auch manchmal überhaupt erst einsehen müssen, dass es vielleicht für sie sinnvoller sein mag, bei ihnen beschäftigte An- und Ungelernte bis zum Abschluss zu führen und nicht nur an der einen oder anderen Stelle eine Anpassungsqualifizierung vorzunehmen. Wir haben dann natürlich Bildungsträger, die entsprechende Angebote machen und dafür sorgen müssen, dass diese Angebote stabil bleiben, dass sie also auch über die manchmal längere Zeit, die benötigt wird, zur Verfügung stehen. Und wir haben Qualitätsstandards zu beachten und zu installieren, mit denen diese Kooperation von Akteuren zuverlässig funktioniert und nicht nur an einzelnen Personen und punktuellen temporären Bereitschaften zur Kooperation hängt.



Die Probleme bei der Netzwerkarbeit, so erfolgreich sie auch ist – es ist an allen der 22 Standorte gelungen, solche Netzwerke stabil zu etablieren –, liegen immer noch darin, dass sich die Bildungsträger untereinander in einer gewissen Wettbewerbsposition befinden, also bei der Netzwerkarbeit einerseits die Notwendigkeit eines konzertierten Vorgehens für Nachqualifizierung sehen, andererseits von ihrer

wirtschaftlichen Sicht aus im Wettbewerb zu anderen Bildungsträgern stehen und es deshalb manchmal nur relativ schwer gelingt, ein konsistentes und durchgehendes Angebot auch über mehrere Anbieter hinweg zu etablieren.

Eine weitere Schwierigkeit liegt auch darin, dass der Begriff „modulare Nachqualifizierung“, den ich gleich noch näher erläutern werde, zumindest bei einigen der Partner – vor allem auf Seiten des Handwerks und der Handwerkskammer – immer wieder für Irritationen sorgt. „Modulare Nachqualifizierung“ – ich muss das ausdrücklich unterstreichen! – meint hier nicht, dass Menschen einzelne Module erwerben sollen und am Ende keinen Abschluss, das wäre sonst ja ein Widerspruch in sich.

„Modulare Nachqualifizierung“ trägt der Tatsache Rechnung, dass manche jungen Erwachsenen es eben nicht schaffen, wie ein Erstausgebildeter nach der Schule in einem Rutsch eine Ausbildung durchzustehen. Hier muss man also intermittierend arbeiten, so dass jemand vielleicht zwei, drei Module machen kann, dann wieder pausiert und dann ein nächstes Modul macht. Das müssen wir auch den Betrieben, die hierbei eine hohe Flexibilität brauchen, erklären: dass ein Teilnehmer bestimmte Bestandteile macht und dann irgendwann später erst weitere Bestandteile und so langsamer zum Abschluss geführt wird. Das bedeutet der Begriff „modular“. Das Ziel in all diesen Projekten ist es, zu Abschlüssen zu kommen, und alle Projekte messen sich daran – und das gelingt ihnen ja weitgehend auch –, dass solche Abschlüsse erreicht werden.

Das Ziel ist es nicht, ein oder zwei Module unter dem Deckmantel des bloßen Vorwandes zu machen, am Ende würde dann vielleicht irgendwann einmal ein Abschluss dabei herauskommen. Modular ist hier wirklich ein Weg hin zu dem Ziel, einen Abschluss zu erbringen. Aber dieses Wort sorgt eben immer mal wieder dafür – bei den HWK übrigens häufiger als bei den IHK –, dass es Vorbehalte gibt und man befürchtet, dies könnte womöglich der Beginn einer Auflösung der ganzheitlichen Berufsausbildung sein.

Beratungsangebote

Der zweite Schwerpunkt ist die Beratung. Hier ist es wichtig, dass man zu trägerübergreifenden Beratungen kommt, dass man also eine Beratungsinfrastruktur schafft für alle die, die sich für Nachqualifizierung interessieren. Das sind auf der einen Seite Betriebe, für die das ein Potenzial sein könnte, wenn sie nicht mehr genügend Auszubildende unter den

Schulabgängern finden, und auf der anderen Seite die einzelnen An- und Ungelernten, die Beratungsbedarf haben. Und dann gibt es auch noch Institutionen, die sich in diesem Bereich stärker engagieren wollen. Wir müssen so eine trägerübergreifende Beratung realisieren, weil die Beratungsangebote einzelner Träger zu zersplittert werden.

Auch bei der Beratung geht es um Qualitätssicherung. Es sollen nicht extra Beratungsnetzwerke nur für Nachqualifizierung eingerichtet werden, sondern Beratungseinrichtungen genutzt werden, die es an anderer Stelle schon gibt, um das Thema Nachqualifizierung anzugehen – also etwa Gremien, die mit Migration zu tun haben oder mit Fixierung von regionalem Qualifikationsbedarf ganz generell, wie sie sehr oft bei IHK oder HWK oder Arbeitgeberverbänden unterhalten werden. Solche Gremien mit zu nutzen – und dadurch quasi über Multiplikatoren zu beraten – sind Verfahren, in denen man im Bereich Beratung durchaus weiterkommt. Eine gewisse Schwierigkeit liegt hier noch darin, dass wir auch die Betriebe stärker in solche Beratungsaktivitäten einbeziehen müssen. In den Betrieben können wir den Benefit von Nachqualifizierung bislang noch nicht immer so nachhaltig vermitteln, wie wir uns das wünschen würden.

Eine weitere Schwierigkeit im Bereich der Beratung liegt auch darin, dass wir mit der Nachqualifizierung im Moment unter der Gesamtmenge der An- und Ungelernten eher die bildungsnahen als die bildungsfernen erreichen. Auch das ist klar, so spröde, wie das Thema sich derzeit noch darstellt, so individuell riskant, wie es ist. Wir erreichen damit diejenigen, die sich wirklich darüber ärgern, dass sie einen Berufsabschluss beim ersten Anlauf versäumt haben, die wissen, welche Chancen sie sich verbaut haben, die im Kontakt mit Kollegen mitbekommen, dass ein Berufsabschluss ihnen wirklich weiterhelfen würde und die dadurch schon sehr viel eigene Motivation mitbringen.

Diejenigen, die wir nicht aus individuellen Gründen, sondern aus einer gesellschaftspolitischen Perspektive kommenden Fachkräftemangels erreichen müssten, das sind möglicherweise Leute, die deutlich bildungsferner aufgestellt sind, und das heißt, hier müssen die Instrumente noch um einiges mehr geschärft werden, gerade auch die Beratungsinstrumente, damit wir nicht eine Beratung haben, die auf Abruf passiert, sondern die aufsuchend passiert und die Leute an das Thema heranzuführt, die dem vielleicht bislang noch nicht so viel abgewinnen können.

Nachqualifizierungsangebote

Das dritte Feld sind die konkreten Angebote zur Nachqualifizierung. Hier geht es in den Projekten darum, solche Angebote zu stabilisieren – und möglichst auch Angebotskataloge für Nachqualifizierung in den Regionen aufzulegen –, die sich auf eine einheitliche und transparente Weise lesen lassen, die AZWV-Zertifizierung – das ist für die Finanzierung wichtig – sicherzustellen und auch dafür zu sorgen, dass die Finanzierung von Nachqualifizierung durchgehend funktioniert. Das wiederum ist nicht immer einfach, weil die Regularien der Finanzierung nach SGB II und SGB III nicht immer vorsehen, dass solche langen Qualifizierungen – unabhängig von sehr konkreten Voraussetzungen einzelner Bewerber und Teilnehmer – auch funktionieren.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Punkt, der noch am leichtesten gelingt, ist der vierte, nämlich die flankierende Öffentlichkeitsarbeit in den Regionen. Mit der Darstellung der Nachqualifizierung nach außen, in der Art und Weise, wie sie weitergegeben wird, haben wir am wenigsten Probleme. Letztlich aber lebt eine Öffentlichkeitsarbeit natürlich immer davon, dass die Verpackung nicht schöner ist als der Inhalt, dass wir also in den drei anderen Punkten mit der Lösung der Schwierigkeiten, die ich gerade beschrieben habe, weiter vorankommen.

Was ist in der Summe in der Förderinitiative 2 bisher geleistet worden und was steht noch aus?

Was geleistet worden ist, ist zunächst einmal ein neues Bewusstsein für Nachqualifizierung zu schaffen. Der missionarische Charakter des Themas nimmt gerade mit den Diskussionen der letzten Woche über Fachkräftebedarf und Fachkräftemangel immer mehr ab. Wir kommen hier in ein Fahrwasser hinein, das uns nur guttun kann. Es geht wirklich darum zu fragen: Wie kriegen wir es hin, dass die vielen jungen Menschen, denen wir keinen Bildungsabschluss verschaffen konnten oder die ihrerseits keinen erreicht haben, als Potenzial der nächsten Jahre aufgegriffen und wirklich zu Bildungsabschlüssen geführt und nicht immer zu einer prekären Randqualifikationsgruppe gemacht werden?

Das ist nicht nur durch die Projekte, sondern auch durch das Umfeld gelungen, aber die Projekte haben wesentlich dazu beigetragen, dass ein solches The-

ma nicht abstrakt bleibt, sondern in die Region getragen wird, dass es wirklich eine regionale Aktivität von vielen ist, die sich darum kümmern. Es ist so, dass man – bei allen Schwierigkeiten, die es immer noch gibt – endlich themenzentriert an Nachqualifizierung arbeitet. Da gibt es sicher immer noch die einen oder anderen Bedenken bei Betrieben und Kammern oder von Menschen in Gewerkschaften, aber es wird daran gearbeitet und darum gerungen, wie man vorankommt. Auch das ist durchaus gelungen.

Eines allerdings kann man sich abschließend dennoch wünschen, und damit werden wir auch noch stärker in die Diskussion hineingehen müssen: Es ist klar, dass Projekte auf regionaler Ebene viel erreichen können; aber es ist auch klar, dass sie mit verschiedenen bildungspolitisch zu setzenden Rahmenbedingungen nur sehr schwer klarkommen, wenn etwa – ich greife ein Beispiel heraus – die Externprüfung relativ unsystematisch geregelt ist und die Kammerorganisationen sich erst jetzt stärker daran machen, alles systematischer, einfacher, einsehbarer zu gestalten. Da gab es ja sehr viele Ansätze in den letzten ein, zwei Jahren. Das ist eine wesentliche Bedingung, die nicht durch einzelne Projekte hergestellt werden kann. Da muss die Kammerorganisation insgesamt sagen, die Nachqualifizierung, die zu einer Externprüfung führt, die vermarkten wir aktiv, das ist kein Notbehelf, sondern das ist ein

Regelweg. Wer das schafft, vor dem haben wir alle Hochachtung.

Wenn diese Einsicht bei Kammern zunimmt, dann können auch die Projekte leichter agieren. Wenn bei den Finanzierungsträgern der Nachqualifizierung die Einsicht zunimmt, dass Berufsabschlüsse letztlich das dauerhafte Risiko auf Arbeitslosigkeit vermindern und damit dauerhaft die Chance geschaffen ist, dass jemand, der eine Nachqualifizierung absolviert hat, nicht zu den Beziehern, sondern zu den Finanziers von Transfereinkommen zählen wird, dann hat man es auch leichter, dass die Regelinstrumente des SGB II und des SGB III etwas stärker auf diese Zielgruppe und ihr Vorhaben zugeschnitten werden.

Also, auf der einen Seite haben wir die Aktivität der Projekte, die unverzichtbar ist, um ein solches Thema in den Regionen aufzuschließen und voranzubringen. Auf der anderen Seite besteht aber durchaus auch noch das Problem, dass die große Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren vor uns haben werden – nämlich aus Bildungsverlierern der vergangenen Jahre Bildungspotenzial der Zukunft, Fachkräfte zu machen –, ohne einen bildungspolitischen Rahmen nicht zu schaffen sein wird. Diesen Rahmen brauchen wir, aber wir sind auch sehr zuversichtlich, dass wir durch die Wirkungen solcher Projekte und die Beispiele, die sie bieten, darin vorankommen werden. Vielen Dank!



Individuelle Förderung und wirtschaftliche Notwendigkeit – präventive und reintegrative Strategien zur Fachkräftesicherung

Podiumsdiskussion

Schulte-Loh: Bevor wir in das Thema „Strategien zur Fachkräftesicherung“ eingehen, würde ich gerne noch einmal einige Fragen aufgreifen, die wir aus der Vormittagsgesprächsrunde mit den Teilnehmern der Nachzuqualifizierungen mitgenommen haben, nämlich: Wie gut ist eigentlich die Kommunikation zwischen allen Akteuren, die sich bemühen, in der Förderinitiative Nachqualifizierung etwas durchzusetzen? Weiß eigentlich meine Agentur für Arbeit oder mein Sachbearbeiter dort, welche Möglichkeiten oder Maßnahmen es gibt? Wie kann dieses Netzwerk beziehungsweise die Kommunikation tatsächlich verbessert werden? Offensichtlich haben doch einige, die sich bemühen, zum Beispiel eine Nachqualifizierung zu finden, das Gefühl, es kreisen verschiedene Planeten umeinander, die sich aber nicht richtig treffen.

Frau Schulz von der Bundesagentur für Arbeit macht den Anfang, bitte. Welche Möglichkeiten sehen Sie? Und sehen Sie überhaupt das, was geschildert wird? Die Notwendigkeit, dass an der Kommunikation etwas grundlegend verbessert werden muss, damit die Mechanismen tatsächlich greifen?

Schulz: Ich war leider noch nicht da heute Vormittag, habe aber schon mehrfach die Rückmeldung über diese Diskussionen bekommen und ich glaube, es ist ein sehr, sehr guter Ansatzpunkt, um deutlich zu machen, dass sich in dieser Nachqualifizierungswelt nahezu täglich Änderungen ergeben. Es ist auch wichtig, dass das so ist. Wir haben eben in dem Vortrag gehört, wie viele unterschiedliche Wege gegangen werden von wie vielen unterschiedlichen Akteuren. Wir brauchen dafür Koordination, wir brauchen intern bei uns in der Organisation eine unglaubliche Menge an Fortbildung. Wenn Sie sich anschauen, was sich heute auf dem Podium an Inhalten ergeben wird, haben Sie das als Organisation immer auch zu transportieren an alle, die an der Front sitzen, und Sie wissen, wie es im letzten Jahr bei uns ausgesehen hat. Da gab es eine Riesenkrise, wir hatten viele, viele neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die in dieser Krise eingestiegen sind, da ist nicht an jeder Stelle sofort jede neue Entwicklung vorhanden – das ist das eine.

Schulte-Loh: Also wir brauchen die Fortbildung für die Angestellten zum Beispiel der Agentur für Arbeit, der Jobcenter beziehungsweise ARGEN, damit Fort- oder Weiterbildung für die, die Arbeit suchen, funktionieren kann.







Schulz: Als einer der Schritte, die notwendig sind, ja. Wir brauchen aber auch weiterhin den Austausch zwischen uns. Wenn Sie sich mal das Vergnügen machen, beispielsweise auf die Internetseite Kurs.net zu gucken, dann haben Sie da einen breiten Strauß all der Maßnahmen, die von den Bildungsträgern eingestellt werden. Dass der Transport all dieser Informationen zusammengefasst über eine Internetseite passieren muss, das ist – denke ich – ganz unstrittig. Nichtsdestotrotz ist es mir aber wichtig, bevor wir gleich weiter in die Inhalte einsteigen, noch einmal an den Vortrag vorher anzuknüpfen: Wir haben allein auf Bundesebene um die 100 verschiedene Programme, auf Länderebene noch weitere ergänzende, und wir haben inzwischen Programme zur Koordination der Programme. Deshalb sind wir hier meiner Ansicht nach an einem ganz wichtigen Punkt, wo wir erkennen müssen, dass es vielleicht manchmal auch ein ganz guter Ansatz wäre, wenn es nur einen Handelnden gäbe. Eine gemeinsame Institution oder Einrichtung, in der das alles automatisiert zusammenläuft, wo man am Ende dann auch weiß, da habe ich die entsprechende Homepage, da habe ich den entsprechenden Ansatzpunkt, der aber auch klar macht, dass es inhaltlich große Unterscheidungen geben muss. Wenn ich zum Beispiel hier in Leipzig sitze, werden die Themen andere sein, als wenn ich in Saarbrücken wäre, wo unglaublich viele



Beschäftigte einen Migrationshintergrund haben, allerdings das den wenigsten von vornherein auffällt, weil die Hälfte derer, die ausländisch beschäftigt sind, Franzosen sind – mit wieder ganz speziellen Fragen.

Schulte-Loh: Bevor wir den Gedanken weiterentwickeln, möchte ich kurz auf das Kopfschütteln von Herrn Maly eingehen ...

Maly: Ich habe nur ganz leise vor mich hingeschüttelt.

Schulte-Loh: Aber so leise es war, es war nicht zu übersehen. Wir kommen sonst in der Fortführung der Diskussion einfach zu anderen Punkten, deshalb halten wir doch gerade mal diese Aussage von Frau Schulz als eine Möglichkeit fest, diesem – wie Sie es beschrieben haben – Wirrwarr etwas mehr Struktur zu geben. Herr Maly, ist das das Grundproblem? Sehen Sie das auch so wie Frau Schulz? Und ist dieser Lösungsansatz einer, der auch gangbar ist?

Maly: Ich glaube, es ist eines der Grundprobleme. Die Kommunikationsprobleme lassen sich aber nicht durch bessere Kommunikation lösen und auch dadurch nicht, dass man sagt, einer koordiniert die Kommunikation.



Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg





Wir sind Opfer in dem Bereich, wo es um den Übergang von der Schule zum Berufssystem geht. Wir sind schreckliche Opfer der Föderalismusreform geworden, die – gefeiert als Mutter aller Reformen – uns eigentlich verbietet, ein gesellschaftliches Problem, das die kooperative Bearbeitung aller föderalen Ebenen braucht, kooperativ-föderal zu bearbeiten. Die unterschiedlichen Unternehmenskulturen zwischen städtischen Sozialämtern und Agenturen für Arbeit, das ließe sich alles überwinden, wenn wir nur endlich in der Lage wären, auf der Finanzseite, aber auch auf der institutionellen Seite, tatsächlich alle in den gleichen Korb einzuzahlen und aus dem gleichen Korb herauszunehmen und das, was vernünftiges Übergangsmanagement braucht – nämlich bessere schulische Unterstützung, persönliche Stabilisierung und Berufsorientierung, also Länderzuständigkeit, kommunale Zuständigkeit und Agenturzuständigkeit –, nicht in drei unterschiedlichen Systemen, sondern gemeinsam zu optimieren. Am Willen zur Kommunikation mit den Kollegen liegt es nicht, es liegt an diesem unüberwindlichen institutionellen Hindernis. Das wäre eine der ersten wichtigen Grundvoraussetzungen dafür, dass Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung vernünftig funktionieren. Mit den Kammern funktionieren auf der lokalen Ebene die Kooperationen mittlerweile übrigens glänzend, das muss man sagen, aber diese



Finanzierungsgrenzen werden uns im Weg stehen bis ans Ende der Tage.

Schulte-Loh: Das sieht Herr Voigt nicht ganz so, zumindest scheint das sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit da nicht so schwarz zu sehen, wie Nürnberg, Herr Voigt?

Voigt: Wir sind als Wirtschaftsministerium in der beruflichen Bildung ja eigentlich für nichts zuständig, außer für die Koordinierung, das ist ein ...

Schulte-Loh: Ah, mit anderen Worten: Sie wollen sich nicht selber abschaffen lassen?

Voigt: Es ist ein herausfordernder Job. Ich bin in diesem Bereich seit zehn Jahren tätig und ich habe zu Hause eine Liste aller Programme liegen, die es in diesen zehn Jahren gegeben hat, sowohl die länger andauernden als auch die kurzen, und wir sind heute im 40. von etwa 45 Programmen. Die meisten sind relativ kurzatmig aufgelegt, haben keine dauernde Finanzierung. Wer redet heute noch vom Jugend- sofortprogramm oder von „Lernenden Regionen“? Das, was ich mir wünsche, was wir brauchen, ist einfach mal ein Wegkommen von diesen Hauruck-Aktionen. Immer, wenn es irgendwo einen politischen Wechsel gibt, wird sofort umstrukturiert. Wir müs-



sen aber dahin kommen, hier Kontinuität hineinzubekommen und die bereits bestehenden Programme kritisch zu evaluieren. Wir müssen versuchen, besser zu werden als immer wieder etwas Neues zu tun.

Und das Interessante ist, dass tatsächlich – vorhin ist es so von einem Redner gesagt worden, ich glaube, das war Herr Braun – die Zahlen die Mutter aller Innovationen sind. Wir haben 2009 eine ganz große Verbleibsstudie in Sachsen gemacht, in der wir zwischen 2006 und 2009 alle Absolventen aller Übergangssysteme und der betrieblichen Ausbildung befragt haben, wo sie geblieben sind. Wir kommen darin zu dem merkwürdigen Ergebnis, dass bei der Ausbildung Benachteiligter die Unternehmen in ungeförderter Ausbildung die erfolgreichsten sind, und dass wir mit den Übergangsmaßnahmen eben deutlich weniger erreichen, obwohl wir hierbei sehr viel Geld einsetzen.

Schulte-Loh: Was heißt das?

Voigt: Was das heißt? Wir müssen wieder versuchen, die Ausbildung im Unternehmen zu stärken statt zu ersetzen. Es geht um ein duales System. Diese Kombination, dass die Auszubildenden zugleich Beschäftigte und noch Schüler sind, das ist ein verzögerter Übergang und im internationalen Maßstab ziemlich einzigartig. Das gibt es ja sonst nur noch in der Schweiz, in Österreich, Luxemburg und noch ganz wenigen anderen Regionen. Wir müssen wieder zu dieser Kooperation dieser zwei Lernorte zurückkommen, dass die Berufsschulen eben nicht nur ihren Lehrstoff irgendwie abspulen, sondern den Unternehmen ganz deutlich helfen, mit dieser Heterogenität der Bewerber klarzukommen oder auch eine bessere Durchlässigkeit zur Hochschule hinzukriegen – auch das wäre eine sehr interessante Aufgabe, denn momentan muss man ja immer aus der Ausbildung aussteigen und erst einmal irgendwo eine Hochschulreife machen, bevor man studieren kann. Ein weiterer Punkt ist, dass die Ausbildung in jedem Betrieb anders ist. Das muss in der Berufsschule reflektiert werden, damit wir wegkommen von diesen Splitterberufen, weil immer mehr Unternehmen den Eindruck haben, die Berufsbilder passen bei ihnen nicht.

Schulte-Loh: Jetzt haben Sie gerade einen ganzen Strauß von verschiedenen Themen aufgemacht, die wir alle in diesem Kreis natürlich noch diskutieren sollten. Wir kommen später noch auf das duale Ausbildungssystem zurück. Ich würde gern noch

einmal auf die Kommunikationsprobleme, die hier gerade eigentlich unsere Ausgangsrunde waren, zurückkommen und, Herr Özer, gerne auch nach Ihren Erfahrungen fragen, wo die Kommunikationsprobleme liegen, also wie zum Beispiel Agenturen für Arbeit, Jobcenter und die Netzwerke miteinander kommunizieren und wo Sie hier Handlungsbedarf sehen?

Özer: Es wurde eben ja schon erwähnt, dass es sehr unterschiedliche Programme für unterschiedliche Ziele und Zielgruppen gibt, so dass es eine Flut von Aktionen und Netzwerken gibt und man dadurch leicht die Übersicht verliert. Das hat viel damit zu tun, dass sich die Strukturen derzeit sehr stark verändern beziehungsweise verändern müssen. Zum einen liegt das an der Demographie und zum anderen an wechselnden Regierungen. Also werden automatisch auch immer wieder neue Programme gemacht, um sich diesen Veränderungen anzupassen. Das ist zurzeit offenbar häufiger und schneller der Fall als in früheren Zeiten, in denen man längerfristiger und kontinuierlich eine Sache machen konnte. Dass sich derzeit vieles schneller ändert, liegt auch am Strukturwandel und der Globalisierung. Das heißt, wir müssen uns jetzt Instrumente beziehungsweise Programme überlegen, wie man diese schnellen Veränderungen auch schnell erst den Akteuren und dann der Zielgruppe näherbringt. Denn die Zielgruppe leidet unter diesem Aspekt der Unübersichtlichkeit von Förderangeboten und Maßnahmen viel mehr, das ist heute Vormittag ja schon erwähnt worden. Dafür gibt es ja eigentlich die Netzwerke und die Zusammenarbeit vor Ort, aber aufgrund der schnell stattfindenden Veränderungen, geschieht die Umsetzung vor Ort nicht so schnell und viele verzweifeln an der Menge der verschiedenen Informationen und geben es vielleicht irgendwann auf ...

Schulte-Loh: Herr Esser, wie erleben Sie das von Seiten des Handwerks, diese Vielzahl der Angebote, von der sich manche erschlagen fühlen? Welche Rückmeldungen bekommen Sie hierzu?

Esser: Ich kann das nur bestätigen. Wir sind ja in Berlin etwas weiter weg von den Geschehnissen vor Ort, aber haben das auch durch die Resonanzen der Kolleginnen und Kollegen mitbekommen und sehr intensiv unter anderem im „Innovationskreis Berufliche Bildung“ der Ministerin Schavan diskutiert und thematisiert. Es war das Ziel, unter dem Stichwort „Lichtung des Förderdschungels“ eine



Synopse der bestehenden Programme zu machen und sich dann auch entsprechend auf bestimmte Dinge zu fokussieren. Die Lösung – hier fiel ja eben das Stichwort schon – ist, dass wir nachhaltige Strukturen brauchen, dass man sich dabei auch auf ganz bestimmte Punkte konzentriert. Unser Ansatz aus der Wirtschaft ist der, dass wir das Vorhaben des BMBF – Thema „Bildungsketten“ – jetzt ganz intensiv aufgreifen, mit Stichworten wie Berufsorientierung, Ausbildungsvorbereitung, Einstiegsqualifizierung, Überführung in Ausbildung. Das sind jetzt wirklich die Punkte, die wir angehen müssen, auf die wir uns bei der Förderung konzentrieren müssen und die wir als nachhaltige Systemelemente etablieren müssen.

Schulte-Loh: Ich will Ihnen persönlich damit nicht zu nahe treten, aber das haben wir als Absichtserklärung schon häufig gehört. Lassen Sie uns doch jetzt einfach mal konkreter gucken: Wir haben ein Programm, und zwar die „Perspektive Berufsabschluss“ mit den beiden Förderschwerpunkten Übergangmanagement und modulare Nachqualifizierung, und wir reden über einen Fachkräftemangel, der bereits da ist oder auch erst noch kommen soll. Lassen Sie uns jetzt einmal konkreter darauf schauen, inwiefern diese veränderte Arbeitsmarktsituati-

on tatsächlich eine Chance ist. Herr Maly, sehen Sie die Möglichkeit, dass durch diese Qualifizierungsmaßnahmen junge Menschen in Arbeit oder in Ausbildung gebracht werden – was ja dringend nötig ist –, oder bleiben die, über die wir heute reden und mit denen wir heute Vormittag auch geredet haben, im Endeffekt wieder auf der Strecke?

Maly: Nein, ich sehe schon die Möglichkeit, dass wir hier für viele – nicht für alle, final nie für alle – aber für viele wirklich einen Befreiungsschlag erzielen. Wir dürfen ja auch ein bisschen miteinander reden, Herr Voigt, Ihr Befund könnte auch andersrum erklärt werden, nämlich dass diejenigen benachteiligten Jugendlichen, die ohne fremde Hilfe auf dem nicht geförderten dualen Ausbildungsmarkt einen Job kriegen, vielleicht doch nicht so ganz benachteiligt sind wie die anderen, um die wir uns kümmern. Das wäre auch eine Möglichkeit der Deutung für diesen empirischen Befund.

Ja, es gelingt uns! Bei all den Hindernissen, die es gibt, und bei all den Kommunikationsmängeln, glaube ich, dass wir erstens mit dem Mix aus Angeboten, den wir im Übergangmanagement verankern können – bei uns beginnt das relativ früh schon in der 5. oder spätestens der 7. Klasse Hauptschule – an



die Jugendlichen rankommen und zweitens auch sehr individuell auf spezielle sozialpolitische Defizite reagieren können. Verschuldungsproblematik gibt es beispielsweise ohne Ende in diesem Alter durch Handyverträge und ähnliches, Drogen, Alkohol und alles, was sonst noch so dazugehört. Zum dritten die Vernetzung mit der Berufsorientierung, die die Bundesagentur zu bieten hat. In keinem anderen Land der Welt – das sage ich jetzt einfach mal so – muss man sich früher für einen Beruf entscheiden als in der Bundesrepublik. Ich hätte mit 15 auch nicht gewusst, was ich mal werden will. Oberbürgermeister wollte ich damals zumindest noch nicht werden, dies nur in Klammern.

Schulte-Loh: Bedauern Sie es heute?

Maly: Nö, die meiste Zeit des Tages bin ich zufrieden mit dem Beruf.

Wir sind im Übergangsmanagement tatsächlich in der Lage – das zeigen die ersten Evaluationsergebnisse zumindest hier bei uns in Nürnberg –, den Weg zur dualen Ausbildung zu eröffnen, auch wenn die demographische Komponente noch dazukommt, es also weniger Jugendliche gibt. Dann entspannt sich auch die Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Dafür bin ich dankbar, denn dadurch entfallen diese jährlichen Appelle, in denen der



IHK-Präsident, die Arbeitsagentur-Chefin und ich ganz so wie in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ von Jahr zu Jahr immer das Gleiche erzählen müssen – „Bildet mehr aus!“ –, obwohl ich weiß, dass ich den Handwerksbetrieben vor Ort nimmer mehr zumuten kann in bestimmten Situationen. Trotzdem bleibt genug zu tun. Da ist ja noch die Tatsache, dass sich durch die Segmentierung der Gesellschaft auch die Segmentierung unserer Jugendlichen verstärkt und fortsetzt, das ist dieses Prekariat, nämlich die, die aus Transferleistungsbiographien mehrerer Generationen kommen. Die, die von zu Hause nicht hingeführt werden, auch nicht an die Basis von Bildung, die notwendig ist, damit im Handwerksbetrieb die duale Ausbildung funktioniert. Die werden uns bleiben im Übergangsmanagement, bei den ausbildungsbegleitenden Hilfen, die wir in den Schulen noch besser verankern müssen, damit auch diese jungen Leute durchkommen. Überwiegend sind das die Jungs, oft mit Migrationshintergrund. Daran wird auch eine demographisch zurückgehende Zahl von jungen Leuten letztlich nichts ändern.

Wir machen einmal im Jahr einen Berufsbasar an den Schulen, da gehe ich immer hin und suche mir eine Klasse raus und frage dann nach: Alle Jungs wollen Kfz-Mechatroniker werden und alle Mädels Industriekauffrau. Wenn ich jetzt nur die



Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk Köln



Jungs nehme und bedenke, wie anspruchsvoll, elektronisch, technisch, hochtechnologisch der Beruf des Kfz-Mechatronikers geworden ist, dann weiß ich, dass ich in einer einzigen solchen 8. Klasse zwischen 50 und 70 Prozent Lebensenttäuschungen haben werde, zumindest in diesem sensiblen Alter. Deswegen ist soziale Stabilisierung so wichtig und bessere schulische Ausbildung, bessere Berufsorientierung auch unter Aufzeigen der Alternativen, die es gibt. Ja, wir können im Übergangmanagement helfen und wir werden das auch künftig müssen.

Schulte-Loh: Mhm..., Frau Schulz?

Schulz: Ich könnte an fast allen Punkten, die genannt worden sind, nahtlos anknüpfen. Wir werden – das ist mehrfach ja geschildert worden – einen großen Rückgang im Erwerbspotenzial haben. Es gibt immer noch – und mich erstaunt das – die Diskussionen darüber, ob das dazu führen wird, dass wir wirklich noch den Bedarf an Arbeitskräften haben werden. Mich erstaunt das deshalb, weil man ja noch darüber streiten kann, wie Produktivitätsentwicklungen aussehen, wie tatsächliche Bedarfe in 10, 15, 20 Jahren aussehen, es aber überhaupt niemanden mehr gibt, der wissenschaftlich belegt nicht sehr eindeutig sagt, dass wir einen kompletten Wandel



in der Betrachtung der Qualifikationsbedarfe haben werden.

Wenn man mal das letzte Jahr anschaut, in dem wir ja erlebt haben, dass eine ganz große Arbeitsmarktkrise vorausgesagt war – übrigens auch eine Ausbildungsmarktkrise. Wir haben gesehen, dass es diese Delle, diesen Einbruch gab, aber inzwischen sind wir in der Beschäftigung wieder oben. Sehr schnell übrigens wieder oben und es gibt – was komplett außergewöhnlich ist für ein Nachkrisenjahr – keine große Delle am Ausbildungsmarkt, das Handwerk wird sogar mehr ausbilden als im Vorjahr. Das sind alles Anzeichen, die zukünftige Bedarfe erkennen lassen: Die zukünftigen Bedarfe werden auf jeden Fall an jeder Stelle des Arbeitsmarktes qualifiziertere Arbeitskräfte sein. Weil das so ist, wird es eine Entwicklung geben, die man sehr deutlich voraussehen kann, nämlich eine verschärfte Konkurrenz um alle die Jugendlichen, die in den nächsten zwei, drei, vier Jahren auf den Ausbildungsmarkt kommen werden. Das werden weniger sein, nehme ich fest an. Es wird eine normale marktliche Entwicklung eintreten, die die Situation aber auch schwieriger macht, denn es wird im Markt eine Verschiebung derer geben, die eintreten, eine Verschiebung nach oben. Sie haben selbst eben die Hochqualifizierten angesprochen. Die Unis werben um weitere Zugänge, wir haben Transparenzsysteme, die zulassen –





zum Glück zulassen, das brauchen wir auch –, dass mit dualer Ausbildung und Berufserfahrung Zugang zur Uni aufgemacht wird. In Rheinland-Pfalz ist das gerade auf die Schienen gesetzt worden. Dass wir eine Verschiebung aller derer, die in den Markt gehen, nach oben haben werden, ist eine Chance, und das ist auch gut so. Trotzdem werden wir Mangel haben. Weil es diese Verschiebung gibt, brauchen wir gerade an der sehr schwierigen Nahtstelle am Übergang Schule-Beruf Unterstützung. Und ich hätte sie halt gerne etwas koordinierter.

Schulte-Loh: Sie hätten sie gern koordinierter. Aber was ist denn mit den Förderinstrumenten, die man jetzt schon hat, die wir heute im Zusammenhang mit der „Perspektive Berufsabschluss“ beim bisherigen Übergang von Schule in Ausbildung diskutiert haben? Halten Sie die für richtig?

Schulz: Dazu möchte ich zunächst mal sagen: Ich halte die zur Verfügung stehenden Mittel für wirklich ausreichend. Und die Instrumente, die es gibt.

Schulte-Loh: Wenn wir über Mittel reden, reden wir über Geld?

Schulz: Über Geld, Geldmittel. Die Instrumente, die es gibt – und es steht ja, das war eben auch im Vor-



trag zu hören, die Instrumentenreform an –, werden mit Sicherheit an einigen Stellen nochmals justiert werden müssen, aber wir haben einen breiten Strauß an Instrumenten auf kommunaler Ebene, bei uns, in den Jobcentern, die so weit gestaltet werden können, dass mir im Moment mit Ausnahme kleinerer Änderungen, die spezifische Personengruppen betreffen, nicht einfallen würde, wo da noch das ganz große neue Instrument gefunden werden könnte.

Schulte-Loh: Nicht das Instrument, die Mittel. Das finde ich schon eine überraschende Aussage, Frau Schulz, weil ich bisher die Definition „Wir haben genügend Mittel, wir haben genügend Geld, das wir zur Verfügung stellen, und nur die Koordination stimmt nicht, die müsste verbessert werden, damit das besser greift“, so noch nicht gehört habe.

Herr Maly, sind Sie in allem finanziell gut genug ausgestattet und brauchen nicht mehr, um das Übergangsmangement erfolgreicher zu gestalten?

Maly: Wir kommen ja aus Bayern, wir tauchen wie Dagobert Duck jeden Tag im Geld ...

Nein, also Instrumente gibt es zu viele. Die OECD hat rund 200 Stück gezählt, der Mitteleinsatz kann natürlich optimiert werden, und wir haben ja heute schon zwei Beispiele erlebt. Die Staatssekretärin hat vorhin gesagt, „Wir, Bundesbildungsministerium,





dürfen ja nicht die Schulen fördern“. Genau deswegen gibt es Programme, mit denen versucht wird, ein kleines bisschen um die Ecke zu denken, eben weil uns der Bildungsföderalismus und die Kultusministerkonferenz in Deutschland auch an dieser Stelle schrecklich im Weg stehen. Um nicht missverstanden zu werden: Ich schätze das sehr, was das Bundesbildungsministerium macht, gerade im Bereich Übergangsmanagement, aber bildlich gesprochen kommt es mir oft so vor, als würden die das Dornröschen wachküssen und die Kultusministerkonferenz schläfert es dann wieder ein, möglicherweise durch Vorlesen der Sitzungsprotokolle, und das ist auch so ein Hamsterrad.

Wir haben ja die Bundesagentur für Arbeit bei uns in Nürnberg und mit ihr auch regelmäßigen Kontakt. Dort heißt es mittlerweile in allen Festreden: „Eigentlich müssten wir als Bundesagentur in die Schulen dürfen. Wenn wir dort finanzieren dürften, dann würden wir später ganz viel Geld sparen bei unseren Auffanghilfen.“ Ich sage dann immer: „Ich lasse euch rein“. Wir haben kommunale Schulen, also nicht vom Land Bayern getragene, sondern eigene, das ist eine Besonderheit in Nürnberg. Machen wir es doch gemeinschaftlich. Wir betreiben in Nürnberg Berufsfachschulen, in denen 1450 Jugendliche im Moment einen Abschluss machen. Die meisten dieser Abschlüsse haben die Anerkennung der Kam-



mern, also IHK oder Handwerkskammer. Das sind alles Jugendliche, die auf dem dualen Markt nichts gekriegt haben. Das kostet die Stadt Nürnberg circa eine Million. Knapp 40 Prozent davon zahlt der Freistaat Bayern, den Rest zahlen wir. Die Einsparungen hat die Agentur, weil sie später keine Einstiegsqualifizierungen und viele andere Dinge finanzieren muss. Das ist nicht in Ordnung! Es mag sein, dass die Instrumente stimmen, aber kooperative Problembearbeitung muss auch kooperative Finanzierung bedeuten.

Ein zweites Beispiel, damit hier kein Frieden ausbricht, ist die Berufseinstiegsbegleitung. Eine klasse Idee der Agentur, in die Schulen zu kommen, obwohl sie eigentlich aufgrund der Föderalismusreform nicht in die Schulen dürfen. Die Umsetzung bei uns in Nürnberg war so, dass die Agentur die Schulen ausgesucht hat, ohne mit der Stadt zu sprechen. Ich wage jetzt mal zu behaupten, welche Schulen das dringend brauchen oder nicht, können wir möglicherweise ein kleines bisschen besser wissen ... Und dann hat die Agentur auch noch einen Träger ausgesucht, der in Nürnberg noch nie aufgetreten ist, den keiner kannte und mit dem keiner kooperieren wollte. Vielleicht war das ja nur bei uns so, aber in einem solchen Fall kann ich doch nicht sagen, wir hätten die richtigen Instrumente. Kooperative Problembearbeitung heißt, alle Mittel in einen Topf geben, Konzepte gemeinsam entwickeln und dann





soll jeder das machen, was er am besten kann. Das ist bei der Agentur vielleicht die Berufsorientierung, bei uns die soziale und individuelle Stabilisierung, bei der Schule das Lernen und im Handwerk und im Handel sind es die Praxiserfahrungen. Und diese drei Angebote plus der Praxiserfahrung brauchen wir für die Jugendlichen in unterschiedlicher Intensität.

Ich beneide den Handwerksmeister nicht, der heute sagt, ich verpflichte mich mit einem Ausbildungsvertrag über dreieinhalb Jahre. Ich möchte meinen Handwerksmeistern eigentlich sagen können: „Jetzt unterschreibt mal, aber wenn's wirklich nimmer geht, dann müsst ihr nicht den Ausbildungsvertrag lösen, sondern ihr könnt den Jugendlichen möglicherweise auf ein halbes Jahr in die Berufsfachschule bringen – oder wir finden eine andere Instanz – und danach ist der Weg zurück in diesen dualen Vertrag wieder möglich“. Das sind alles Dinge, die gingen, für die es Konzeptionen gibt, die aber an institutionellen Grenzen regelmäßig scheitern – dafür müssten wir nebenbei nämlich auch noch das Berufsbildungsgesetz ändern.

Schulte-Loh: Ohne, dass sich jetzt das zu einem Streitgespräch zwischen Ihnen, Herr Maly und Frau Schulz, entwickelt, möchte ich Frau Schulz dennoch die Möglichkeit zur Entgegnung geben.



Schulz: Ich möchte jetzt wirklich nicht in eine Konfrontation treten. Wenn das bei Ihnen in der Stadt so gelaufen ist, dazu kann ich jetzt nichts sagen, aber eigentlich kenne ich das von der Herangehensweise her ganz anders. Da sind gerade bei den Berufseinstiegsbegleitern sehr wohl die entsprechenden Länder mit eingebunden worden, die wiederum ihre Städte befragt haben. Wir haben in der Bundesagentur als eine der Grundaufgaben Berufsberatung und Berufsorientierung, deshalb würde ich jetzt nicht unbedingt die Föderalismusreform als Überschrift nehmen, warum wir in den Schulen nicht auftreten sollten. Die Berufsberater sind in den Schulabgangsklassen häufig diejenigen mit den ersten Informationen zum Arbeitsmarkt. Und ich kenne viele sehr gute Kooperationen, auch mit vielen Trägern, die hier im Raum sitzen. Es geht in meinen Augen eher um die Kooperation – was Sie ja selbst auch ansprechen – als darum, wer welchen Schritt vor welchem anderen getan hat.

Schulte-Loh: Wenn wir über Kooperation reden, würde ich gerne Herrn Özer und MOZAIK ansprechen, weil ich glaube, dass es gar nicht allen bekannt ist, was Sie als Geschäftsführer dort machen. Und ich wüsste gerne von Ihnen, was Ihre Erfahrungen sind. Also, wovon ist es entscheidend abhängig, ob eine





bessere Bildung und auch Ausbildung von jungen Leuten mit Migrationshintergrund funktioniert? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Özer: Zu diesen beiden Ansätzen Nachqualifizierung und Übergangsmanagement gab es ja durchaus Vorgängerprogramme. In denen hat man verschiedene Mittel zusammengelegt und versucht, in einzelnen Regionen auf verschiedenen Ebenen zu koordinieren. Trotzdem haben wir weiterhin die schlechten Zahlen im Bereich der Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Deren Lage ist nicht besser geworden in den letzten Jahren, egal, was in diesen Bereichen passierte. Deshalb gibt es auch jetzt unser Begleitprojekt bei „Perspektive Berufsabschluss“, in dem man neuerdings Kooperationen auch mit den Zielgruppenorganisationen eingeht, die Zielgruppen direkt mit einbezieht und mit denen gemeinsam etwas entwickelt. Es geht nicht darum, dass man etwas für sie tut, sondern mit ihnen.

Wir machen das seit zehn, zwölf Jahren schon in Bielefeld und Ostwestfalen-Lippe, einer Region, die aufgrund ihrer demographischen Entwicklungen sehr wichtig ist in Deutschland. Hier leben 400 000 Menschen mit Migrationshintergrund in einer Region, in der zwei Millionen Menschen insgesamt leben. 30 Prozent der Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund, das hatten wir eben schon erwähnt.



Das bedeutet, das ist keine Randgruppe, das ist auch kein Nebenthema, sondern in vielen Regionen längst schon ein Hauptthema, aber es gibt hier noch nicht die geeigneten Kooperationen. Es gibt in letzter Zeit gute Ansätze, aber nicht in dem Maße, um wirklich nachhaltige Lösungen voranzubringen, damit Ungleichheiten in der Berufsausbildung, Ungleichheiten bei den Abschlüssen, Ungleichheiten bei der Qualifizierung ausgeglichen werden können. Man kann das ja durchgehend mit Statistiken belegen. Es fehlen – ich spreche immer von interkulturellen Netzwerken – interkulturelle Konzepte und Angebote, die tatsächlich alle mit ihren individuellen Bedürfnissen berücksichtigen. Da muss noch viel mehr getan werden.

Die Bundesregierung hat in diesem Bereich mit dem nationalen Integrationsplan schon angefangen, etwas zu tun, aber das kommt 40 Jahre zu spät, und wir müssen jetzt diese 40 Jahre schnell nachholen. Das geht nicht von heute auf morgen. Man muss beispielsweise auch die Eltern einbeziehen, da gibt es bei bestimmten Randgruppen auch Probleme. Die Einbeziehung der Zielgruppenorganisationen – im Fall der Integration sind das Migrantinnenorganisationen – ist ein Thema, was ich zumindest immer noch zu wenig auf der Tagesordnung sehe und was auch jetzt nicht systematisch und strukturell angegangen wird oder immer nur dann, wenn etwas brennt.



Wenn etwas passiert wie in Frankreich oder wenn ein Buch herauskommt. Dann werden diese Probleme thematisiert, aber eben nicht kontinuierlich. Das fehlt mir noch.

Schulte-Loh: Da Sie das Buch gerade ansprechen: Ist die aktuelle Debatte eher hinderlich für Ihre Arbeit? Oder würden Sie sagen, dadurch wird der Fokus anders gewichtet? Wie sehen Sie das?

Özer: Also, wenn man jetzt guckt, welche unterstützenden Rückmeldungen dieses Buch aus der Bevölkerung bekommen hat, dann ist das – denke ich – eher hinderlich. Wie sich das in der nächsten Zeit genau auswirken wird, muss man sehen. Ich denke, dass man zu recht kritisiert, dass sich das System oder die Instrumente nicht früh genug auf diese Situation eingestellt hätten. Wir haben uns lange nicht als Einwanderungsland gesehen und konnten deshalb viele Dinge nicht beziehungsweise zu spät umsetzen im Vergleich mit anderen Einwanderungsländern. In dem Buch wird ja auch gesagt, „Es gibt eine Gruppe von Migranten, für die brauchen wir ohnehin keine Instrumente zu verändern, bei denen hat alles sowieso keinen Zweck. Wir können alles so lassen, wie es ist, die haben wir dann eben als Hilfsarbeiter.“ Okay,

das ist jetzt extrem zugespitzt, aber diese Debatte ist eben nicht positiv. Die vielen Positivbeispiele, die es trotz des bestehenden Systems auch gibt, die wurden bisher nicht deutlich gemacht.

Schulte-Loh: Man hat immer das Gefühl, dass die Positivbeispiele dagegen gesetzt werden müssen und durch diese Diskussion leider ein bisschen an eigenem Wert verlieren. Wenn Sie auf das schauen, was Sie seit Jahren erfolgreich machen: Wie groß ist die Bereitschaft von Migrantenorganisationen denn überhaupt, mitzumachen und sich einbinden zu lassen?

Özer: In dem Begleitprojekt, was wir jetzt im Rahmen der „Perspektive Berufsabschluss“ durchführen, haben wir zehn Projekte an acht Standorten, mit denen wir kooperieren. Gemeinsam entwickeln wir Lösungen, wie Migranten in die Netzwerke einbezogen werden können. Wir haben geplant, vier, fünf Migrantenorganisationen pro Region zu finden, die sich in dem Bereich qualifizieren und dann in den bestehenden Netzwerken mitarbeiten, damit sich deren Struktur verändert. Wir haben aber jetzt in Saarbrücken zum Beispiel ungefähr 18 bis 20 Personen aus 15, 16 Migrantenorganisationen, die gerne Bildungsbe-



auftragte werden und mitmachen wollen. Das ist in Leipzig übrigens nicht anders. Obwohl es hier nicht so viele Migranten gibt, gibt es trotzdem sehr viele Interessierte aus Migrantenorganisationen, die sagen, „Ich möchte gerne Bildungsbeauftragter werden.“ So nennen wir das in unserem Konzept, das wir auch in Bielefeld oder anderen Regionen durchgeführt haben. Es gibt also ein großes Interesse. Das sind beispielsweise Eltern der Kinder, die man in Ausbildung bringen möchte. Wenn man ohnehin schon eine soziale Benachteiligung hat und dazu noch einen Migrationshintergrund, dann spricht man von Doppelbenachteiligung. Gerade bei solchen Jugendlichen müssen wir gucken, dass wir in den Regionen wirklich Anstrengungen übernehmen, um die Probleme zu lösen. Und das geht natürlich schneller, wenn wir die Migrantenorganisationen in die regionalen Netzwerke einbeziehen. Das ist ja nicht nur bei Migranten so. Wenn man Behindertenprojekte macht, sollte man Behindertenorganisationen einbeziehen oder wenn man Frauenprojekte macht, Frauenorganisationen. Das ist ein ganz normaler Prozess – sollte es zumindest sein. So gehen wir halt dieses Thema an.

Schulte-Loh: Wenn wir noch einmal auf das Handwerk schauen, Herr Esser. Wir haben vorhin von Herrn Maly schon gehört, wenn man bestimmte Sachen flexibler und anders handhaben würde, wenn man je nach wirtschaftlicher Entwicklung auch reagieren könnte, wäre vieles vielleicht einfacher. Nun sehen wir, dass es in diesem Jahr eine deutliche Zunahme von neuen Lehrverträgen gab, nicht wahr? Obwohl man eigentlich dachte, auch das Handwerk würde von der Wirtschafts- oder Finanzkrise getroffen werden, war es aber nicht. Wie erklären Sie das?

Esser: Es gibt unterschiedliche Erklärungen. Zum einen sehen natürlich auch unsere Handwerksbetriebe nach vorne und müssen Fachkräftesicherung machen, und Ausbildung ist das erste Instrument zur Fachkräftesicherung im Handwerk, immer noch. Das andere sind – das darf man auch nicht verschweigen – die Konjunkturprogramme, die jetzt greifen. Letztes Jahr waren sie noch in der Verwaltung, jetzt sind sie in der Umsetzung. Die Betriebe haben Arbeit. Das ist auch wichtig, Frau Schulte-Loh, aber wir haben trotzdem zurzeit gut 10 000 unbesetzte Ausbildungsstellen und das heißt, dass es hier durchaus schon Probleme gibt.

Damit möchte ich noch einmal anknüpfen an die Debatte eben. Auch wir im Handwerk haben Prob-

leme mit der Ausbildung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Das liegt aber nicht daran, dass sie einen Migrationshintergrund haben, sondern wir sehen, dass die Lehrlingseingangsprofile, also die Qualifikationsprofile, die Ausbildungsvoraussetzungen, die die Jugendlichen mitbringen, mit den Ansprüchen der Berufsbilder nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Das gilt auch zunehmend für deutschstämmige Absolventen der allgemeinbildenden Schulen, ist also kein originäres Migrantensproblem, das ist ein Problem der Ausbildungsreife der jungen Menschen.

Schulte-Loh: Das heißt, dass Sie das gerade eingangs genannt haben, war eher ein Versehen? Es gilt sowohl für Migranten als auch ...

Esser: ... als auch für Deutsche, ja.

Schulte-Loh: Es gibt nach wie vor einen Prozentsatz von wie vielen, die Schwierigkeiten haben, in die Ausbildung zu kommen?

Esser: Frau Quennet-Thielen hatte von zehn Prozent gesprochen, die den ersten Schulabschluss nicht erreichen. Das sind die ersten – auch von den problematischen Zielgruppen –, die dann im Handwerk anklopfen. Herr Maly sprach eben vom Kfz-Gewerbe. Früher hieß der Beruf Kfz-Mechaniker, heute sind das Mechatroniker. Das alleine beschreibt schon den Wandel im Berufsbild. Kennen Sie ... – jetzt muss ich gucken, ob ich den noch zusammenkriege – ... den Verfahrenstechnologen für die Mühlen- und Futtermittelwirtschaft? Das war früher der Müller. Und – ja, Sie lachen! – auch das zeigt die veränderten Anforderungen.

Das heißt, auch bei uns zieht der technische Fortschritt in die Berufsbilder ein, es wird abstrakter, es wird digitalisierter. Selbst auf den Baustellen, wo der Maurer sich früher noch dadurch auszeichnete, körperlich schwere Arbeit zu machen, muss man heute etwas vom Baustellenmanagement verstehen, man muss mit Planungsinstrumenten, wie auch einem PC oder Laptop auf der Baustelle arbeiten können. Alles das macht es den Betrieben schwerer, geeignete Auszubildende zu finden, denn alles das sind auch Inhalte der Prüfungen, das heißt, die Jugendlichen müssen am Ende ihrer Ausbildungszeit vor den Prüfungskommissionen zeigen, dass sie das können. Unsere Betriebe haben zunehmend Probleme damit und trauen sich oft nicht, dieses Schwergewicht der Ausbildung überhaupt noch aufzunehmen. Deshalb



ist unsere Strategie, die Jugend da anzupacken, wo es möglich und realistisch ist. Deshalb öffnen wir jetzt unsere überbetrieblichen Ausbildungszentren für die Berufsorientierung, das hat es früher nicht gegeben, das ist ein ganz neuer Ansatz. Wir entwickeln Ausbildungs- und Qualifizierungsbausteine für die Einstiegsqualifizierung, den Übergang zwischen Schulbildung und Berufsausbildung, um noch in irgendeiner Weise zu reparieren, was über viele Jahre in den Schulen nicht gefördert worden ist.

Schulte-Loh: Herr Esser, jetzt möchte Frau Schulz was sagen, aber auch Herr Voigt neben Ihnen ist verzweifelt. Ich glaube, die Verzweiflung bei Herrn Voigt ist gerade größer, bitteschön.

Voigt: Vielen Dank, Frau Schulte-Loh!

Wenn ich das höre, dass die Bewerber immer schlechter werden, dann geht mir häufig der Hut hoch. Da möchte ich Herrn Maly und Herrn Dr. Esser schon widersprechen. Wir haben ein Beispiel, unsere große Verbleibsstudie. Dort haben wir über 30 Benachteiligungsmerkmale erhoben. Die ganz wichtigen sind natürlich die Schulnoten, aber auch Fragen wie: Habt ihr mit Kriminalität, mit der Polizei Probleme gehabt? Drogen genommen? Seid ihr demotiviert? Kommt ihr nicht aus dem Bett? Diese ganzen Sachen haben wir abgefragt, hoch und runter. Das



Ergebnis ist, dass die durchschnittlichen Befunde der Masse der Teilnehmer kaum unterschiedlich sind, egal ob sie aus betrieblicher Lehre oder einem Übergangsprogramm kamen.

Nur mal ein Beispiel: Die betrieblichen Lehrlinge haben eine Mathematiknote im Durchschnitt von 2,8, die in der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen, die absolut nicht ausbildungsreif sind, haben 3,02. In diesem geringen Unterschied bewegt sich das. Und wenn man dann nachfragt, was da eigentlich los ist, wieso die jetzt noch in den staatlichen Programmen ankommen, obwohl wir doch angeblich diesen Wandel am Ausbildungsmarkt haben, dann sehen Sie, dass es bei jedem etwas völlig anderes ist, dass da irgendetwas richtig im Dreck schleift. Einige wollen einfach nicht, Sie haben ja heute Beispiele gesehen: Die haben es erst gar nicht für nötig befunden, eine Ausbildung anzufangen. Der eine, der ist erstmal in Hartz IV gegangen, weil sich das lohnte, und so weiter. Warum nicht, kann man ja machen, aber die Gründe sind sehr verschieden, da gibt es auch welche mit ...

Schulte-Loh: Da möchte ich aber doch gerade mal zwischengehen und erst einmal kurz eine Lanze brechen für all diejenigen, die einen anderen Lebensweg gewählt haben und aus verschiedenen Gründen vielleicht nicht so straight, nicht so klar und





entschlossen wie manch andere die Schule verlassen und dann den Beruf gewählt haben. Das kann passieren, ich finde, das ist noch kein Maßstab, über jemanden zu urteilen!

Voigt: Okay, Sie haben das jetzt viel netter formuliert als ich, danke. Fakt ist aber doch, außer diesem einen Ausbildungshindernis, das völlig unterschiedlich ist, sind die Jugendlichen im Wesentlichen in allen anderen Fragen verwendbar. Und wenn ich dann frage, warum die Unternehmen diesen Eindruck haben, dass die Bewerber immer schlechter werden, dann sehe ich zwei Ursachen. Das kann ich allerdings nur für Sachsen sagen. Erste Ursache ist, dass wir einen ganz massiv steigenden Zugang zu den Hochschulen haben. Wir liegen jetzt bei den Studienanfängern bei einem Anteil von 33 Prozent eines Schulabgängerjahrgangs und bei den Hochschulabsolventen bei 30 Prozent. Wenn Sie sich jetzt die Wirtschaft ansehen, dann es gibt kein Land auf der Welt, das mehr als 20 Prozent Höchstqualifizierte am Arbeitsmarkt einsetzt. Das geht also an den Anforderungen der Unternehmen vorbei. Die zweite Ursache ist, dass das, was die Schule lehrt, und das, wie Unternehmen auf Globalisierung reagieren, stark auseinandergeht. Die Schulen setzen – auch durch die PISA-Studien – auf selbstbestimmtes Lernen, Lernstrategien, das Verstehen komple-



xer Zusammenhänge, Problemlösungsstrategien, Informatik hoch und runter. Und die Unternehmen? Wenn Sie dort fragen, was die im Bewerbungsgespräch verlangen, dann sind das vor allem sichere Basiskenntnisse wie Kopfrechnen, Formulierung, Teamfähigkeit, Unterordnung, eine klare Berufsvorstellung.

Schulte-Loh: Da treffen ja jetzt ganze Welten aufeinander!

Voigt: Ja, genau das ist es, und wir kommen um eine Dualisierung der Berufsorientierung nicht herum. Die jungen Leute müssen in der Schulzeit die realen Anforderungen der Arbeitswelt hautnah kennenlernen, das lernt man nicht in einer Lehrwerkstatt, auch wenn die von der Handwerkskammer ist.

Schulte-Loh: Frau Schulz?

Schulz: Ich würde ganz gerne noch einmal mit einem ganzheitlicheren Ansatz darauf schauen. Wir hatten ja eben gehört – und ich denke, der Zusammenhang ist überhaupt nicht infrage zu stellen –, dass es, beginnend bei der Sprache, weitergehend über die Schulbildung, über die Ausbildung, dann auch, was die Chancen, am Arbeitsmarkt Erfolg zu





haben oder nicht Erfolg zu haben betrifft, ganz, ganz enge Zusammenhänge gibt. Hier sollten wir gemeinsam ansetzen.

Ich hatte Sie nicht so verstanden, dass das Problem in Richtung der immer weniger geeigneten Bewerber geht, sondern eher in Richtung der Anforderungen, die gestellt werden. Ich kann aus meiner alten Großraum-Stuttgart-/Göppinger-Zeit noch den Mechatroniker nennen. Die Fachhochschulprofessoren haben vor zwei Jahren bestätigt, das wäre vor zehn Jahren noch eine Fachhochschulausbildung gewesen, heute ist es eine duale Ausbildung. Also die Anforderungen – wie ich das eben schon versucht habe zu schildern – steigen über alle Stufen hinweg. Deshalb möchte ich noch einmal diesen ganzheitlichen Ansatz ansprechen. Heute früh habe ich in der Süddeutschen Zeitung gelesen, wie unterschiedlich die Kinderbetreuungsmöglichkeiten gestaltet sind, ganztags oder nicht ganztags, „Bei uns dürfen Sie Ihr Kind gerne täglich bringen, aber Sie müssen’s halt am Mittag um halb zwei wieder abholen“. Ganzheitliche Ansätze beginnen schon so früh, eben dort, wo beispielsweise der Eingang in die Schule durch vernünftige Sprachkenntnisse gelegt wird.

Wenn wir erst ansetzen in der 7. oder der 8. Klasse, vielleicht sogar erst in der 9. Klasse, dann machen

wir die Erfahrung, dass sich 60 Prozent aller Mädchen in dem Alter mit ihren Bewerbungen auf maximal zehn Berufe konzentrieren. Bei den Mädchen mit Migrationshintergrund ist das noch extremer, bei den Jungs nur leicht besser.

Das ist eine Riesenaufgabe, und zwar für alle gemeinsam, die Bundesagentur mit ihren Beratern, für alle, die in diesem Übergang Schule-Beruf sind, wo wir ja einen der Schwerpunkte haben. Viele der Wunschberufe bei den Mädchen sind beispielsweise solche, die hinterher zu der Aussage führen, Frauen verdienen weniger. Es liegt daran, dass die Ausbildung von jungen Frauen sehr häufig in Richtung Friseurin, Arzthelferin oder Zahnarzthelferin geht, auch schon beim Berufswunsch, einfach weil sie nichts anderes kennen. Wir sollten alle hier genau hingucken, was wir noch tun können. Wir versuchen, seit vielen Jahrzehnten, Frauen in MINT-Berufe hereinzubringen, wir haben gemeinsam aber immer noch nicht den Dreh gefunden, wie wir das tatsächlich hinbekommen. Es gibt so viele Punkte, an denen wir alle durchgängig ansetzen müssten. Immer nur diese punktuelle Betrachtung führt, glaube ich, nicht zum Ziel.

Schulte-Loh: Die punktuelle Betrachtung ist es ja gar nicht alleine, wenn man sich den Erfolg

oder auch Misserfolg von Arbeitsmarkt- und auch Bildungspolitik anschaut. Sie, Herr Maly, setzen in Nürnberg als Oberbürgermeister durchaus Signale. Wie ist Ihre Erfahrung mit einer solchen geforderten solidarischen Gemeinschaft, die Sie entweder schon haben oder noch hinkriegen müssen unter den erschwerten Bedingungen, die wir schon angesprochen haben? Wie wichtig ist das?

Maly: Das ist etwas, an dem man täglich arbeiten muss, ein politisches Projekt, das ich als Überschrift über meine jetzt bald neunjährige Tätigkeit gestellt habe: Solidarische Stadtgesellschaft. Die Werbeleute haben gesagt, „Damit kannst du gleich einpacken, mit dem Begriff verlierst du die Wahl.“ Auch Werbeagenturen haben eben nicht immer recht!

Ich glaube schon, dass es wichtig ist, dass man unter dieser Überschrift auch bestimmte Kooperationskulturen pflegen kann, dass man unter der Überschrift auch in die Lage versetzt wird, die Totschlagargumente wie „Die sind zu faul“ oder „Die sind zu blöd“ weglassen zu können und stattdessen differenzierter über die Fragen zu reden; womit ich Herrn Esser nicht meine, denn der hat vorhin sehr präzise gesagt: „Die Anforderungen der Berufe sind gestiegen“. Unter der Überschrift Solidarische Stadtgesellschaft kann man sich dann auch austauschen über ein Problem, das wir ansonsten gerne negieren:

Wir sind in der Vergangenheit eine sehr stark industriegeprägte Stadt gewesen, bei uns hat's in den 60er-Jahren in jedem Großbetrieb und in vielen mittleren Handwerksbetrieben einen Job gegeben für einen, der die Werkstatt gekehrt hat und die Vesper geholt hat. Auch der ist nie im dualen Ausbildungsmarkt erfolgreich gewesen, aber er war kein Objekt der Sozialhilfe, weil die Berufsstrukturen in der Bundesrepublik es erlaubt haben, auch diejenigen, die nicht zum Nobelpreis geboren waren, in irgendeiner Form mitzunehmen. Diese Jobs sind weg bei uns und anderswo.

Die, die wirklich nicht wollen, weil sie faul sind, Herr Voigt, die hat es schon immer gegeben, in Ihrer Generation, in meiner Generation und in der jetzigen, und ich wage die These, es sind nicht mehr geworden. Es gibt in der jetzigen Generation aber entschieden mehr, die enttäuscht worden sind von dieser Gesellschaft als in meiner Generation. Ich bin Jahrgang 1960, wir sind ins Wirtschaftswunder hineingewachsen, was unsere Eltern uns vorgelebt und auch erzählt haben, war: „In diesem Land geht's immer aufwärts. Erst für uns Nachkriegsgeneration, dann für Euch, die 50er-/ 60er-Jahre-Generation.“

Das erlebt ein junger Mensch, der heute geboren wird, nicht mehr. Der ist verunsichert – ich schweife jetzt ab, ich mach's auch nur ganz kurz – aufgrund der Umweltbedingungen, aufgrund einer Gesellschaft, die so heterogen ist, dass er viel schwieriger seinen Platz findet als es zu unserer Zeit gewesen ist und auch aufgrund von Enttäuschungserfahrungen – ich bleib dabei – schulischen Enttäuschungserfahrungen, aber auch Enttäuschungserfahrungen bei der Suche nach dem Arbeitsplatz, die einen in dem Alter furchtbar zurückwerfen können.

Wenn ich 15, 16, 17 Jahre alt bin und diese Gesellschaft mir zum siebten Mal die rote Karte zeigt oder zum dreihundertsten Mal – auch diese Beispiele gibt es –, 300 Bewerbungen geschrieben, hundertmal keine Antwort, zweihundertmal eine Absage, alles anständige junge Menschen, dann kann es passieren, wenn die sich mit dir unterhalten, dass einer sagt: „Jetzt mach' ich erstmal gar nix mehr.“ In unserer Generation waren das dann die, die man aus der Schulzeit noch kannte und dann am Autoscooter wiedergesehen hat. Diejenigen, die dort die Fahrzeuge geordnet haben. Aber um das so zu regeln, haben wir heute nicht genügend Kirchweihen, deshalb müssen wir uns anders mit diesem Problem beschäftigen.

Wir haben ein Phänomen, das durch mehrere Ursachen verstärkt wird.

Ursache 1 – Herr Esser hat es bereits gesagt –: Die Jobs im dualen System werden immer komplizierter.

Ursache 2: Es gibt eine Segmentierung in der Gesellschaft, die sich auch als Bildungssegmentierung bei uns in der Bundesrepublik abbildet. Die Menschen sind nicht blöder und nicht fauler, aber sie haben weniger Chancen, zu zeigen, dass sie es nicht sind. Das ist ein Problem, das man im System Schule lösen muss.

Und Ursache 3 sind die relativ schwierigen Bedingungen auf den Ausbildungsmärkten, die wir in den letzten Jahren hatten. Das wird jetzt durch die Demographie ein bisschen gelindert.

Also, ich glaube schon, dass man mit dem Grundgedanken, alle mitzunehmen – wie es die Staatssekretärin auch vorhin gesagt hat –, die Strukturen einigermaßen gelegt bekommt, so kompliziert sie auch sind. Das erzählen wir zumindest immer sonntags. Jetzt müssen wir versuchen, das auch unter der Woche rüberzubringen.

Schulte-Loh: Aber man muss ein bisschen was verändern. Auf einige Schwierigkeiten sind wir ja schon gestoßen. Die föderale Struktur beispielsweise haben wir angesprochen und unterschiedliche Zuständig-



keiten, also nicht nur, was den Finanztopf angeht, sondern auch, dass es immer wieder – so beobachte ich es zumindest von außen – Beharren auf einzelnen Mechanismen gibt, die schon immer so waren und bei deren Änderungen man sich schwertut.

Herr Esser, nehmen wir ein Beispiel, über das wir hier immer wieder diskutieren, wenn es um das Handwerk geht: Wir sind bei der modularen Nachqualifizierung und es geht um die Externenprüfung, ja? Die Zugänge sind überall ganz, ganz unterschiedlich geregelt. Es gibt aber jetzt eine Kommission bei der Handwerkskammer, die etwas ausgearbeitet hat und auf den Weg bringen will. Da fragt man sich allerdings, warum das so lange dauert, bisher gewohnte Pfade aufzugeben und einfach einzusehen, die Situation ist eine andere, also müssen auch wir flexibler werden und schauen, was wir mit den Externenprüfungen machen.

Esser: Das gebe ich zu, hier waren wir viel zu lange untätig, aber dazu dienen ja auch diese Programme wie „Perspektive Berufsabschluss“, hier Organisations- und Personalentwicklung zu machen. Jetzt arbeiten wir aktiv daran. Unsere Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk arbeitet mit den Handwerkskammern entsprechende Standards für Nachqualifizierung und Externenprüfung aus. Dass das so lange dauert, hat vielleicht auch damit zu tun



– aber das ist ja nun kein unbekanntes Phänomen –, dass man sich auch im Handwerk schwertut, sich von Gewohntem zu verabschieden. Das heißt, man muss ein bestimmtes Maß an Zeit für Organisationsentwicklung mit einplanen und berücksichtigen. Man hat es ja nicht nur mit Strukturen, sondern auch mit Menschen zu tun. Ich denke aber, jetzt werden wir sehr schnell zu Ergebnissen kommen. Man sollte sich davon allerdings auch nicht zu viel erwarten, das ist nicht die Lösung des Gesamtproblems, sondern nur ein Mosaikstein, den wir damit haben. Wir bleiben weiter dabei, aber die Lösung liegt in der Prävention, nicht in der Reparatur.

Schulte-Loh: Es bleibt Ihnen aber nichts anderes übrig.

Esser: Ja, jetzt zurzeit. Deshalb machen wir das ja auch.

Schulte-Loh: Sie haben recht, wenn man zuerst auf Prävention setzt, aber wenn die Lage nun einmal so ist, muss man auch reparieren. Daran geht kein Weg vorbei und da wäre solch ein erleichterter Zugang beim Handwerk durchaus ein wichtiges und richtiges Signal.

Esser: Ganz, ganz klar gesagt und getan: Ja!





Schulte-Loh: Schauen wir noch einmal auf andere Bereiche. Ganz klar unstrittig ist der Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen, in der Pflege zum Beispiel. Aber auch da wissen wir, wenn es dann darum geht, tatsächlich eine Qualifizierung zu erreichen, gibt es auch in der Pflege wieder ganz, ganz unterschiedliche Ansprüche. Das hab' ich mir nicht ausgedacht, das haben Sie mir erzählt.

Schulz: In dem Bezirk, für den ich zuständig bin, wird in der zweiten Förderrunde von „Perspektive Berufsabschluss“ das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dabei sein, das sich genau um diese Nachqualifizierung kümmert, die sehr dezidiert die Punkte angeht, bei denen es in der Altenpflege um modulare Möglichkeiten geht. Manchmal wünschte ich mir, wir wären hier schon so weit wie in anderen Berufen. Aber in unserem Projekt in Rheinland-Pfalz müssen wir erst einmal schauen, wo überhaupt die rechtlichen Möglichkeiten sind, Module zu gestalten. Da sind wir eben noch an einer viel früheren Phase, was die modularen Gestaltungsmöglichkeiten anbelangt.

Ich schaue jetzt aber noch einmal auf die Individualseite, was ich dort an Reifeprozessen erlebe. In der letzten Woche hatte ich ein Beispiel eines Jugendlichen, der in eine zweijährige kaufmännische Ausbildung gegangen war, weil es in der Ein-



gangseignungsfeststellung nicht für die dreijährige gereicht hatte. Er wurde dann Prüfungsbester bei den Zweijährigen und letzte Woche war ich bei seinem Abschluss als Dreijähriger, da hat er 98,5 von 100 Punkten als Zweitbester im Land Rheinland-Pfalz gemacht. Viele von Ihnen, die selbst einstellen, erkennen nicht nur – wie eben schon gesagt wurde –, dass es vielleicht die Falschen sind, die man als benachteiligt einschätzt, sondern erleben auch unglaubliche Reifungsprozesse bei Menschen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren. Ich habe selbst schon welche eingestellt. Wenn ich die dann erst zum Ausbildungsabschluss wiedergesehen habe – das ist in einer großen Organisation manchmal so –, habe ich sie kaum wiedererkannt. Manchmal muss man einfach einen Vertrauensvorschuss geben, Wege ebnen und auch mal Risiken eingehen. Die Handwerker haben dabei bereits etwas mehr Übung als viele andere.

Schulte-Loh: Ich muss ja zwischendurch ein bisschen auf die Zeit gucken, die verliert man in einem solchen Rahmen schnell aus dem Auge ...

Ich möchte jetzt einmal in die Runde fragen, inwieweit das, was wir als Sparpaket bekommen haben, Auswirkungen auch auf die „Perspektive Berufsabschluss“ haben wird. Nach dem, was wir gehört haben, wird für Bildung viel Geld ausgegeben, wir



haben das Zitat aus dem OSZE-Bericht gehört, das auch noch einmal von der Staatssekretärin genannt wurde, nämlich dass sieben Prozent des Bruttosozialproduktes für Bildung ausgegeben wird. Wenn man den OSZE-Bericht weiterliest, liest man aber auch, dass das – verglichen mit anderen Ländern – verdammt wenig ist, das ist nämlich zweistellig in anderen Ländern. Also ist man mit sieben Prozent noch nicht so ganz gut dabei. Gespart wird allemal, wie wird das tatsächlich zu merken sein? Wo wird in Ihrem Topf Spielraum sein oder wo nicht?

Schulz: Ich bin gerade schon gefragt worden, „Wissen Sie schon ...?“ Nein, ich weiß es noch nicht, aber jeder von uns kriegt ja im Moment die Haushaltsverhandlungen mit. An der Stelle auch eine sehr deutliche Aussage: Wenn mein Statement eben war, Geld sei genug da, dann ist das eine sehr jetztzeitbezogene Aussage. Wir werden alle gucken müssen, wie die Haushaltssituation umgesetzt wird, ich kenne sie noch nicht endgültig, weder im SGB-II- noch im SGB-III-Bereich, also im Versicherungs- und im Steuerbereich. Eines ist aber schon erkennbar, und zwar mehr als deutlich: Es wird weniger Geld sein. Wir werden aber auch einen anderen Arbeitsmarkt haben, da wird vieles anders möglich sein. Mein Plädoyer an der Stelle wäre immer – und ich glaube, das ist heute eines, das mehr als deutlich geworden ist –, nicht an der Qualifizierung zu sparen, bloß nicht da! Denn wir brauchen die Qualifizierung längerfristig auch als Einstieg in den zukünftigen Arbeitsmarkt. Ich glaube aber inzwischen, aus allen Diskussionen, die ich mitbekomme, herauszuhören, dass das auch erkannt ist.

Schulte-Loh: Herr Esser?

Esser: Ja, ich möchte dem zustimmen, wir haben auch Sorge, dass Förderschwerpunkte, die wichtig und notwendig sind – Stichwort Bildungsketten, Berufseinstiegsbegleiter und so weiter –, auf Kosten von anderen Qualifizierungsfeldern gehen. Aktuelles Beispiel, das wir jetzt wahrnehmen, ist, dass man beispielsweise die Fördergelder für die überbetriebliche Ausbildung, die notwendig ist und die unsere Betriebe auch brauchen, um das Berufsbild komplett ausbilden zu können, abgesenkt werden sollen. Wenn das passiert, dann ernten wir Qualitätsverluste dort, wo wir im Grunde genommen mit den Qualitätsoptionen à jour sind. Und das nur, um anderes zu finanzieren. Das kann nicht sein.

Schulte-Loh: Herr Voigt?

Voigt: Also ich hätte schon einen Sparvorschlag. Wir haben uns beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr längere Zeit auf Programme für Langzeitarbeitslose ohne Berufsabschluss oder mit nicht mehr verwertbarem Berufsabschluss spezialisiert. Die Zuweisung passiert über die Agenturen für Arbeit immer dann, wenn die sagen: „Wir kommen mit unseren Instrumenten nicht mehr klar“. Wenn wir bei den Langzeitarbeitslosen dann erhoben haben, wie die Ausgangslage ist, welche Voraussetzungen sie mitbringen oder was ein geeigneter Beruf wäre, haben wir keinen gefunden, der nicht mindestens drei Maßnahmen erfolglos durchlaufen hat. Und wir kommen mit denen weiter, weil es ein ganz klares Bildungscoaching gibt. Wir schauen bei den zahlreichen Instrumenten, die zur Verfügung stehen – das ist ja vorhin thematisiert worden –, sehr genau darauf, welche hier gerade gebraucht werden. Also zum Beispiel: Muss der Teilnehmer in der Schule Mathematik lernen oder Geometrie oder ähnliches, damit er aus seiner abgebrochenen Tischlerlehre zum Bundesbesten wird? Das ist übrigens ein ganz konkreter Fall in Chemnitz voriges Jahr gewesen. Oder fehlt es an Sprachkenntnissen, die ja auch eine ziemliche Hürde sein können.

Schulte-Loh: Also die individuelle Begleitung?

Voigt: Noch einmal, der Ansatz der Bildungsketten ist richtig und der würde uns eine ganze Menge Geld sparen, wenn es diese individuelle Begleitung gäbe, zumindest für die Leute, bei denen man schon erkennen kann, dass sie wohl scheitern werden. Die Vielfalt der Gründe, warum jemand scheitert, wird häufig unterschätzt. Das ist bei jedem etwas anderes. Das sind nicht bloß die Schlechtler oder die, die nicht motiviert sind. Und noch eine Sache haben wir bemerkt: Es gibt viele Bedürftige, die sich eine Berufsausbildung nicht leisten können. Ich bin wirklich gespannt auf die neuen Bildungsgutscheine, die Frau Bundesministerin von der Leyen jetzt vorgestellt hat. Ob man sich damit wohl auch eine Fahrkarte und ein Quartier für eine Teilnahme in einer länderübergreifenden Fachklasse kaufen können wird?

Schulte-Loh: Herr Özer, Sie wollten gerade beim Stichwort individuelle Betreuung noch etwas ergänzen?

Özer: Ich hätte einen Vorschlag, wie man vielleicht sparen und zusätzlich Einnahmen einbringen könnte.

Zwei Aspekte, die immer noch zu wenig bei allen Maßnahmen berücksichtigt werden, sind Kompetenzorientierung und Sozialorientierung. Man guckt immer nur auf die Defizite und auf das, was man reparieren muss, man guckt nicht darauf, was die Leute können. Das war ja heute Morgen auch bei den Erfahrungsberichten der Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Nachqualifizierungen teilweise so. Man hat ihnen immer gesagt, sie hätten keine Chance hier und Sie hätten keine Chance dort, es gäbe keine Möglichkeit. Diese Perspektive muss man ändern und die Leute auch mal motivieren, mehr zu tun.

Das gilt für Migranten übrigens genauso. Die hören ja auch jeden Tag, sie könnten kein Deutsch, also hätten sie keine Chance. Teilweise ist das auch so, ja, aber es gibt auch den Bereich der Mehrsprachigkeit. Deutschland ist vier- oder fünfmal Exportweltmeister gewesen, auch da gibt es einen Strukturwandel, der bei vielen Unternehmen noch nicht angekommen ist. Das heißt, hier wäre zu gucken, warum ich denn nicht Personal einstelle, was mehrsprachig ist, auch für kleine Handwerksunternehmen, selbst wenn dessen Deutsch nicht so gut ist. 15 Millionen

Menschen mit Migrationshintergrund sind auch Kunden. Wenn man diesen Aspekt mit einbringt, kann man im Bereich der Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit viel Geld sparen – auch bei dieser Zielgruppe.

Wir haben schon viel erreicht, seit wir vor zehn, zwölf Jahren mit dieser Kompetenzorientierung angefangen und geguckt haben, was jemand kann, wie man diese Person mit dieser Kompetenz motivieren kann, damit sie nicht immer wieder zu hören bekommt: „Ihr habt doch sowieso keine Chance.“ Das ist ein Punkt, an dem sich noch stärker etwas ändern muss. Es gab auch mal ein Programm des Bundesbildungsministeriums, das hieß „Kompetenzen fördern“. Das ist gut angekommen, auch da muss man jetzt weiter ansetzen und gucken, dass man die Zielgruppe nicht immer nur problematisiert und als benachteiligt ansieht. Mit dem Stempel „Ihr habt keine Chance“ schafft man keine Motivation, und wenn man unmotivierte Menschen hat, dann kann man so viele Maßnahmen und Projekte entwickeln, wie man will, dann wird das nicht besser werden.

Schulte-Loh: Also den Einzelnen motivieren, auf ihn zugehen, an den Strukturen arbeiten, die Kommunikationsstrukturen erleichtern, zum Teil erst



Kommunikation lernen, alle zusammenbringen, die zusammenarbeiten müssen, das ist die Schule, das sind die Eltern, das ist die Wirtschaft natürlich auch, wenn es darum geht, Kooperationen zu machen.

Herr Maly, Sie kennen das ja sehr gut und sagen auch, dass der Kontakt zu den einzelnen Wirtschaftsunternehmen sehr, sehr eng ist und die in Nürnberg viel mitarbeiten. Deshalb an Sie noch die Frage: Wie langfristig können Sie gerade mit den Wirtschaftsunternehmen zusammenarbeiten? Also, von welchen Bedingungen ist das abhängig? Wir sehen ja das Hickhack: Wirtschaftskrise oder doch nicht, Kurzarbeit, keine Kurzarbeit, Nachqualifizierung, mal nachgefragt, dann wieder doch nicht gefragt. Wie langfristig können Sie mit Wirtschaftsunternehmen Arbeitsmarkt-, aber auch Bildungspolitik betreiben?

Maly: So langfristig wie die Kollegen in der freien Wirtschaft selber planen und denken.

Es gibt diese Kultur der Kooperation vor Ort ja schon lange, das ist jetzt nichts, was wir neu erfunden haben. Seit Jahrzehnten arbeiten diejenigen, die sich um die Jugendlichen kümmern, und diejenigen, die in der dualen Ausbildung Träger sind, zusammen. Aber es gibt auch die Erkenntnis, dass in wirtschaftlich sehr volatilen Zeiten die Planungshorizonte der Unternehmen – auch großer Unternehmen – ebenso volatil werden. Ich habe in den letzten Jahren mehrfach erlebt, dass große deutsche Unternehmen mit Firmen bei uns erst sagen, „Uns brechen die Aufträge weg, wir müssen 20 Prozent der Belegschaft abbauen, Weihnachtsgeld streichen, Urlaubsgeld streichen“, und fünf Jahre später stehen mir die gleichen Geschäftsführer wieder gegenüber und klagen: „Das Auftragsbuch ist voll bis 2018, ich finde keine Fachkräfte mehr“. Wenn die Stimmung gut ist, erlaube ich mir dann auch mal zu sagen: „Hättest du die damals nicht entlassen, hättest du sie vielleicht noch.“ Aber das macht man natürlich nur, wenn die Stimmung wirklich sehr gut ist.

Schulte-Loh: Wenn die Stimmung nicht so gut ist ...

Maly: Genau, ansonsten besser nicht.

Es gibt aber auch Grenzen des Planungshorizonts. Vom kleinen Handwerker bis zu Siemens bei uns in

der Region ist die grundsätzliche Erkenntnis, dass wir uns kümmern müssen, damit wir in fünf, acht, zehn Jahren genügend Menschen haben, die die Arbeit erledigen, die erledigt werden muss, durchaus ausgeprägt und auch die Bereitschaft, sich dafür Kooperationspartner zu suchen, die bei den Jugendlichen, bei denen es nicht gleich klappt, entweder ausbildungsbegleitend helfen oder dadurch, dass Maßnahmen vorgeschaltet werden oder auch, indem man sich als Firma schon in die Hauptschule einbringt, was ich persönlich für sehr gut halte, dass man die Praxis in die Hauptschule bringt. Das kann natürlich nicht bedeuten, dass die Kinder schon im Alter von elf Jahren ihre Berufswahlentscheidung treffen müssen, sondern nur, dass sie kennenlernen, wie es in einer Firma läuft.

Die dezentrale Kooperation vor Ort läuft gut, dauerhaft und steht auf sehr festem Fundament. Und ich denke, das ist nicht nur in Nürnberg so, sondern in jeder anderen Stadt in Deutschland genauso.

Schulte-Loh: Ich ergreife hier die Chance und nehme das als Schlusswort für die „Perspektive Berufsabschluss“ – natürlich nur für diese Runde hier mit Ihnen – und sage Ihnen herzlichen Dank für Ihre Meinungsäußerungen und Ihre Diskussionsfreudigkeit!

Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer:

Prof. Dr. Friedrich H. Esser,
Zentralverband des Deutschen Handwerks
Dr. Ulrich Maly,
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Cemalettin Özer,
MOZAIK gemeinnützige Gesellschaft für interkulturelle
Bildungs- und Beratungsangebote mbh
Heidrun Schulz,
Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland
der Bundesagentur für Arbeit
Christof Voigt,
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen

Moderation:

Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk Köln

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

